

R e c h e n s c h a f t s
b e r i c h t

der Stadtverwaltung der Universitätsstadt
Tübingen

über das Kalenderjahr 1 9 4 9

Erstattet am 2. Januar 1950
durch

Oberbürgermeister Dr. Mülberger

Tübingen
Stadtarchiv
(Bika)
Bibliothek
UM
252
1949

Stadtarchiv Tübingen
Bibliothek (Bika)
UM
252
1949

• ~~M 250~~
x / 2
U 41252d.1949

Dr. Müller

Rechen-
schafts-
bericht

der Stadtverwaltung der Universitätsstadt
Tübingen

über das Kalenderjahr 1949

Erstattet am 2. Januar 1950
durch

Oberbürgermeister Dr. Mülberger

von Herrn
Dietrich Jannasch für
Zechm. Normung Kirchen Kellern für

1. 2. 3. 4. 5.
1. 2. 3. 4. 5.



W 40

R e c h e n s c h a f t s b e r i c h t
der
Stadtverwaltung der Universitätsstadt Tübingen
über das Kalenderjahr 1949

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger !
Verehrte Anwesende !

A. Einleitung

1) Jahrestag

Am 3. Januar 1949 trat der von der Tübinger Bürgerschaft im November 1948 neu gewählte Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wurde der scheidende Oberbürgermeister Hartmeyer mit Worten des Dankes und der Anerkennung aus seinem Amt verabschiedet, das er seit 1. Januar 1946 innegehabt hatte. Gleichzeitig wurde i c h selbst in das Amt des Stadtvorstands von Tübingen eingeführt.

Zur Wiederkehr dieses Tages und gleichzeitig zur Jahreswende erscheint es gerechtfertigt, aber auch notwendig, Ihnen einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Stadtverwaltung im abgelaufenen Jahr 1949 zu geben.

2) Zunächst ist es mir ein Bedürfnis, Sie, meine verehrten Anwesenden, in der heutigen Bürgerversammlung herzlichst zu begrüßen und jedem einzelnen von Ihnen für das vor uns liegende Jahr 1950 die besten Wünsche auszusprechen. Unser aller innigster Wunsch ist es, dass uns dieses Jahr den Frieden der Völker und den inneren Aufbau unseres Vaterlandes bringen möge!



3) Gesamtüberblick

Mehr denn je steht in unserer Zeit das Leben des Einzelnen ebenso wie die Arbeit einer Stadt und ihrer ganzen Bürgerschaft inmitten der grossen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge. Das ist mir gerade dieser Tage eindrücklich zum Bewusstsein gekommen, als ich die früheren Rechenschaftsberichte unserer Stadtverwaltung durchgesehen habe. Berichte, die nur 2, 3 Jahre zurückliegen, lassen erkennen, wie die Stadtverwaltung aus den Zeitverhältnissen heraus, damals noch ganz erfüllt war von der Überwindung der chaotischen Verhältnisse des Zusammenbruchs, von vielfältigen und harten Anordnungen der Besatzungsmacht und dem Kampf breitester Schichten unserer Bevölkerung um die nackte Existenz, um ihre Versorgung mit einem Mindestmass an Nahrung, Kleidung und Brennstoffen.

Nur wenn wir uns an diese, erst so kurz hinter uns liegende Zeit erinnern, vermögen wir ganz die Wendung der Dinge zu erfassen, die durch die Aufbauarbeit seit dem Zusammenbruch des Jahres 1945 und insbesondere seit der Währungsreform vom Juni 1948 eingetreten ist.

4) Welche weltpolitischen und innerstaatlichen Veränderungen hat uns das Jahr 1949 gebracht!

Die Entwicklung Deutschlands ist durch das Zustandekommen des Grundgesetzes der deutschen Bundesrepublik, durch die Bestellung der Bundesorgane, sowie durch das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts in ein entscheidendes Stadium getreten. Verhandlungen mit den Hohen Inter-

alliierten Kommissaren sind im Gange, damit auch Deutschland in nicht zu ferner Zeit wieder in den Kreis der Europäischen Nationen aufgenommen wird. Die Schaffung des ostdeutschen Staates unterstreicht die verhängnisvolle Spaltung Deutschlands und seine Stellung mitten im Spannungsfeld zwischen Ost und West. In unserem engeren südwestdeutschen Bereich stehen wir vor Entscheidungen über einen Zusammenschluss zu einem grösseren Gliedstaat der deutschen Bundesrepublik. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, dass bald über die Bildung eines Südweststaates abgestimmt werde, oder dass wir zum mindesten wieder mit unseren nordwürttembergischen Stammesbrüdern zu einem einheitlichen Württ. Staat vereint werden.

Neben diesen staatspolitischen Ereignissen haben wir im vergangenen Jahr auch währungs- und wirtschaftspolitisch entscheidende Schritte vorwärts getan. Unsere vor 1 1/2 Jahren neugeschaffene DM-Währung hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Neue namhafte Kredite sollen noch in diesem Jahr aus dem Ausland hereinfließen. Die Zahl der Berufstätigen ist bis in die neueste Zeit hinein ständig gestiegen (und die Zahl der Arbeitslosen ist wenigstens im Land Württemberg-Hohenzollern immer noch erfreulich gering). Hier in Tübingen haben wir dank grosszügiger Arbeitsbeschaffungsmassnahmen sehr wenig Arbeitsuchende.

Auch unterliegen nur noch wenige Wirtschaftsgüter heute der Zwangswirtschaft. Die Läden sind voll mit Waren. Statt Warenmangels ist der Mangel an Kaufkraft getreten.

49

139 me 2 wirtsch. l. v.
100 w. 2 me 48 Markts. l. v. 8

Die Spannung zwischen Preisen und Löhnen tritt klar zu Tage. Im Vordergrund aber steht heute in ganz Westdeutschland mehr denn je der Wohnungsbau im Zusammenhang mit dem Ausgewiesenenproblem.

Diese politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der Gesamtsituation müssen wir uns vergegenwärtigen, wenn wir den nachstehenden R e c h e n s c h a f t s b e r i c h t unserer Stadtverwaltung entgegennehmen.

5) Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Lassen Sie mich zuvor aber noch einer persönlichen Ehrenpflicht genügen, nämlich herzlichen Dank zu sagen allen Männern und Frauen, die im vergangenen Jahr für die Geschichte unserer Stadt mit verantwortlich waren. Allen voran stelle ich meinen Dank an die Mitglieder des Gemeinderats; bilden doch diese Stadträte das alleinige beschlussfassende Kollegium unserer Stadt. Selbstverwaltung. Deshalb sind sie in erster Linie für die kommunalpolitische Entwicklung unserer Stadt entscheidend und verantwortlich.

(Sie wissen wohl, dass sich der derzeitige Gemeinderat aus 9 Mitgliedern der DVP, 7 der CDU, 4 der SPD, 3 der Freien Wählerversammlung, 2 der KP und 1 Vertreterin der Unabhängigen Frauenliste, insgesamt also aus 26 Mitgliedern zusammensetzt. Hiervon entfallen 20 Mitglieder auf den Stadtteil Tübingen, 4 auf den Stadtteil Lustnau und 2 auf den Stadtteil Derendingen.)

Der Gemeinderat hat im abgelaufenen Kalenderjahr 18

Plenarsitzungen durchgeführt. Hierbei wurden fast 500 Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung beraten. Ein ausserordentlich umfangreiches Arbeitspensum wurde durch die verschiedenen Abteilungen und Ausschüsse des Gemeinderats in 227 Sitzungen und 66 Ortsbesichtigungen geleistet. Mögen Ihnen diese Zahlen einen lebendigen Eindruck von der äusserst intensiven Teilnahme der Gemeinderäte und auch der sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger an den Aufgaben der Stadtverwaltung vermitteln.

In meiner Eigenschaft als der vom Gesetz berufene Vorsitzende des Gemeinderats kann ich nach dem 1. abgelaufenen Verwaltungsjahr meiner Amtstätigkeit mit grosser Befriedigung und ohne Einschränkung feststellen, dass wir uns in allen grundsätzlichen Fragen der Verwaltung sachlich beraten und die Beschlüsse meist mit klarer Stimmeneinheit gefasst haben. (Ich darf Sie nur an das Wohnungsbauprogramm 1949, an die sehr schwierige Verabschiedung der beiden städt. Haushalte für die Jahre 1948 und 1949, an das Volksschulprojekt, die Neckartorfrage u.a.m. erinnern.) Alle Beratungen standen unter dem Eindruck der grossen Verantwortlichkeit jedes einzelnen Stadtrats gegenüber der gesamten Bürgerschaft. Keine Parteipolitik sondern eine Politik der Sachlichkeit und der Hilfsbereitschaft waren für die Entscheidungen auf dem Rathaus bestimmend.

Bei grösseren Planungen oder Bauvorhaben ging den Beratungen des Gemeinderats und seiner Abteilungen regelmässig eine Ortsbesichtigung voraus, um sicher zu sein, dass die Entscheidungen nicht vom grünen Tisch, sondern aus der An-

schauung der tatsächlichen Verhältnisse heraus getroffen wurden. Wie oft habe ich selbst in zweifelhaften Wohnungs-fällen mir das Mietobjekt selbst angeschaut.

- 6) In diesem Zusammenhang gleich ein Wort zur Öffent-
lichkeit unserer kommunalen Tätigkeit. Die Mitarbeit in der kommunalen Selbstverwaltung beschränkt sich zumeist auf einen kleinen Personenkreis. Dabei wäre es dem Staatsbürger doch gerade in der Gemeinde verhältnismässig leicht möglich, seine Meinung über die städtischen Organe zu Gehör zu bringen. Die Bürgerschaft sollte sich aus diesem Grunde in noch stärkeren Mass als bisher in der Gemeindeverwaltung aktiv betätigen. Ich sage dies bewusst in Hinblick auf die mehrfach beobachtete auffällig schwache Beteiligung der Tübinger Bürgerschaft bei Wahlen, Gemeinderatssitzungen usw. (Bei der Aufstellung der Tagesordnung für die Sitzungen des Gemeinderats habe ich jeweils ein möglichst grossen Teil der Beratungsgegenstände für die öffentliche Sitzung vorgesehen. Der Gemeinderat hatte während des ganzen Jahres keinen Anlass gehabt, auch nur einen Fall der Tagesordnung einer nichtöffentlichen Sitzung für die Behandlung in der öffentlichen Sitzung zu beantragen.)

(Trotz dieser weitgehenden Öffentlichkeit unserer gemeinderätlichen Arbeit mussten wir leider feststellen, dass die Tübinger Bevölkerung an unseren Sitzungen nur geringen Anteil nimmt. Nur in 2 Sitzungen war unser kleiner Sitzungssaal brechend voll.) Vor allem fehlte unsere Jugend, um deren künftige Geschicke es doch in vielen Fällen geht und die dereinst berufen sein wird, selbst ihr Zusammenleben

in der Gemeinde zu ordnen. (Die Stadtverwaltung würde es begrüßen, wenn ihr im Rathaus ein grösserer Sitzungssaal zur Verfügung stünde, der auch in solchen Fällen die erschienene Bürgerschaft in vollem Umfang aufnehmen könnte. Die Knappheit an Raum und an finanziellen Mitteln verbietet uns aber vorläufig, die ehemaligen grösseren Sitzungssäle des Rathauses wieder herzustellen und den darin untergebrachten städt. Ämtern anderweitig Raum zuzuweisen. Wir werden uns daher auf absehbare Zeit mit dem jetzigen verhältnismässig kleinen Sitzungssaal des Rathauses begnügen müssen.)

Auf jeden Fall freut es mich, dass die Tübinger Bürgerschaft h e u t e bei der Ablegung dieses Jahresberichts in so grosser Zahl versammelt ist. Das wird mir Veranlassung und Rechtfertigung geben, künftig öfters in Bürgerversammlungen in Stadt und Stadtteilen Rechenschaft über die zurückliegende und die geplante kommunale Arbeit zu geben.

7) Neben dem Dank an die Mitglieder des Gemeinderats sage ich herzlichen Dank und Anerkennung allen meinen Mitarbeitern in der Stadtverwaltung, den zahlreichen Beamten, Angestellten und Arbeitern, an ihrer Spitze Herrn Stadtdirektor A s m u s s , den vollzählig erschienenen Herren Amtsvorständen und dem Betriebsrat. Sie alle haben im vergangenen Jahr eine sehr umfassende, angespannte und erfolgreiche Arbeit geleistet. Sie wird durch folgende 3 Tatbestände charakterisiert:

a) die durch Kriegs- und Nachkriegsfolgen bedingte sog. Notverwaltung, die heute noch in der Tätigkeit des Wohnungsamts, des Requisitionsamts, des Ernährungsamts,

und des Soforthilfreamts in Erscheinung tritt;

- b) durch die Arbeiten zur Aufholung der Rückstände aus den zurückliegenden 10 Jahren und
- c) durch die Aufbaumaßnahmen bei allen Ämtern und Betrieben seit der Währungsreform.

Ich darf Sie daran erinnern, dass praktisch seit dem Jahr 1938, bedingt durch die Zeitereignisse und staatlichen Massnahmen die Baustoffe beschränkt waren, zahlreiche Verwaltungsangehörige zum Wehrdienst eingezogen und später in Gefangenschaft waren. All dies hat die Erfüllung kommunaler Aufgaben im letzten Jahr/^{zehnt} fast völlig zum Erliegen gebracht. Bis zur Währungsreform waren weder Baustoffe noch Arbeitskräfte zu bekommen. Erst seit der Währungsreform hatte die Stadtverwaltung wieder einigermaßen die Möglichkeit, einen Teil der im letzten Jahrzehnt zurückgestellten Aufgaben zu erfüllen und beträchtliche neue Arbeiten in Angriff zu nehmen (Ich darf, ohne im einzelnen vorzugreifen, nur auf die zahlreichen Bauvorhaben hinweisen, den Wiederaufbau und die Instandsetzung von Wohnungen, die Neuanlage und Unterhaltung von Strassen und Wegen, die Erneuerung und den Ausbau von Elektrizitäts-, Gas- und Wasserleitungen sowie Kanalisation, kurz alle die Arbeiten, deren lebendige Zeugen wir im vergangenen Jahr geworden sind.) Dabei erfolgreich mitgearbeitet zu haben, sei jedem einzelnen Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadtverwaltung eine stolze Befriedigung.

Mein herzliches Gedenken gilt heute auch unseren Frauen in der Kommunalverwaltung! Wir erleben sie täglich in vielfältigem, verantwortlichem Einsatz: Als ./.

Schreibkräfte, an der Kasse, in der Sozialpflege und als Schwestern, im Dienst der Kindergärten und Altersheime, tätig als Mitarbeiterinnen im Sozial- und Wohnungsausschuss und - nicht zuletzt - als Stadträte im Gemeinderat. Mit Anerkennung gedenke ich des Antrags einer Frau unseres Gemeinderats, der den Anlass zum zwischenzeitlich beschlossenen Volksschulneubau gab.

8) Nicht minder herzlich gilt mein Dank *I h n e n*, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Ohne Ihren Aufbauwillen, ohne Ihre Schaffenskraft und ohne Ihre grosse Geduld wäre das Aufbauwerk der Stadt Tübingen im letzten Jahr nicht möglich gewesen. Es ist ein Zeichen von echtem Bürgersinn, dass Sie als Einwohner einer fast unzerstörten Stadt - in Bewusstsein der grossen Verantwortung gegenüber den zahllosen Kriegs- und Kriegsfolgegeschädigten - sich in sozialer und hilfsbereiter Einstellung zu grossen Opfern bereit gefunden haben, um unseren Ärmsten der Armen in ihrer Not zu helfen und auch der Stadt die Erfüllung ihrer durch die Kriegsfolgen wesentlich erschwerten Aufgaben zu ermöglichen. Lassen Sie mich deshalb auch Ihnen nochmals herzlich danken.

Wir sind uns bei unserer gemeindlichen Arbeit stets bewusst, dass ein grosser Teil der Einnahmen der Stadt aus den Steuergroschen des einzelnen Bürgers fliesst, die er durch mühsame Arbeit aufbringt, man kann wohl sagen, dass er sie sich nicht selten buchstäblich am Mund absparen muss. Wir anerkennen in vollem Umfang die daraus sich ergebende

Verpflichtung, mit diesen Mitteln der Stadt sparsamst und zweckmässig unzugehen. Wir sind bemüht, die städtischen Mittel - allerdings ohne Sparsamkeit an falschen Plätze und mit Weitblick - nur für solche Ausgaben einzusetzen, die wirklich dem Gemeinwohl der Bürgerschaft dienen.

- 9) Im weiteren Rahmen gilt unser Dank auch der R e g i e - r u n g des Landes Württemberg-Hohenzollern, dem Landtag, dem Kreis Tübingen und den für unsere Stadt verantwortlichen Vertretern der franz. Dienststellen.

Das Verhältnis zur Landesregierung und den einzelnen Ministerien, zum Landratsamt und zum Kreisverband war auch im vergangenen Jahr herzlich und reibungslos. Unsere Selbstverwaltung wurde von den Ministerien, insbesondere dem die Kommunalaufsicht führenden Innenministerium geachtet und gefördert. Herr Innenminister Renner, der ja selbst im Jahre 1945 Oberbürgermeister unserer Stadt war, denkt gleichermassen unter den Gesichtspunkten des Staats wie auch unter denen der kommunalen Selbstverwaltung. Dadurch werden grundsätzlich Spannungen zwischen Aufsichtsbehörde und Stadtverwaltung von vornherein vermieden. Das gleiche ist von unserer Beziehung zum Kreisverband und Landratsamt Tübingen zu sagen. Stadt und Kreis Tübingen haben sich im vergangenen Jahr in allen grundsätzlichen Fragen, vor allem der kritischen Kreisumlage in freundschaftlicher Weise geeinigt. Dafür gebührt besonderer Dank Herrn Landrat Z a h r und seinen Mitarbeitern.

Den finanziellen Erfordernissen der Gemeinden hat der Landtag durch das kürzlich verabschiedete Finanz- und Lastenausgleichsgesetz in anerkennenswerter Weise Rechnung getragen. Die Frage, welche staatlichen Leistungen im Rahmen dieses Finanz- und Lastenausgleichs die Stadt Tübingen auf Grund ihrer Sonderstellung als Universitätsstadt und Regierungssitz und insbesondere in Hinblick auf ihren aussergewöhnlich hohen Schulaufwand erhält, wird noch in Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien geklärt werden.

- 10) Auch unser Verhältnis zu dem franz. Kreisdelegierten, Herrn Administrateur Brochu, stand im Zeichen der weiteren Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses. Dank seiner verständnisvollen Einstellung konnten zahlreiche Wünsche unserer Stadt in Erfüllung gehen. Insgesamt wurden bis 22.12.1949 62 Wohnungen und 266 Einzelzimmer freigegeben, ferner Teile der Chirurgischen Klinik, das Haus des Roten Kreuzes in der Gartenstrasse, die Hotels "Deutsches Haus" und "Krone", die Gaststätten "Schlachthaus" und "Marquardtei", die ehemaligen Verbindungshäuser der Franken, Ghibellinen und Schwaben sowie das Haus der Jugend; auch das Uhlandbad wurde für die deutsche Zivilbevölkerung weitgehend freigegeben. Wir haben es dankbar empfunden, dass Landeskommissar Widner zu Weihnachten für die Kinder und Studenten einen Betrag von 1 000 DM gespendet und damit seine Anteilnahme am sozialen Leben unserer Stadt bekundet hat.

11) Presse:

Unser besonderer Dank gebührt der Presse. Sie hat sich im vergangenen Jahr in steigendem Masse mit der Arbeit unserer Stadtverwaltung befasst und durch ihre Berichterstattung das Interesse der Bevölkerung für die kommunalen Belange gefördert. Auch heute gilt ihr mein Dank für ihr zahlreiches Erscheinen.

12) Abschliessend möchte ich noch den weiteren Behörden, dem Gemeindegang, den kirchlichen Vertretern und all den sonstigen Einrichtungen des öffentlichen und privaten Lebens oder Einzelpersonlichkeiten, mit denen unsere Stadt im vergangenen Jahr in enger und engster Fühlung und Zusammenarbeit gestanden hat, herzlichen Dank für ihre Mitarbeit sagen.

B. Rechenschaftsbericht

Ich komme nun zu dem eigentlichen Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung.

I. Die kommunalpolitische Frage Nr. 1 ist auch für uns in Tübingen die Wohnraumfrage.

1. Unsere Lage ist durch folgende Daten gekennzeichnet

a) Tübingen hatte 1939 30 418 Einwohner
am 30.11.1949 waren es 36 884 Einwohner
mithin eine
Vermehrung um 6 466 Einwohner

o d e r

21 %

b) Demgegenüber ist im gleichen Zeitraum der Wohnraum in Tübingen durch Neubau auch nicht annähernd gleich-

stark angewachsen. Dazu sind von dem vorhandenen Wohnraum z.Zt. noch etwa 435 Wohnungen und ausserdem 600 Einzelzimmer von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, so dass insgesamt der wesentlich vermehrten deutschen Bevölkerung nur eine erheblich geringere Zahl an Wohnungen als früher zur Verfügung steht. Darin liegt eine der Hauptursachen für die übermässige Belegung der einzelnen Wohnräume in Tübingen.

c) Bedenken wir in diesem Zusammenhang auch die Lage der Ausgewiesenen. Die Stadt Tübingen war mit Rücksicht auf ihre vorerwähnte starke Belegung bisher offiziell von Ausgewiesenen transporten unbelegt geblieben. Dabei hatte Tübingen mit Kenntnis des Kommissars für die Umsiedlung schon über 2 000²¹¹ Flüchtlinge als Einzelfälle aufgenommen.

250
erweitert
für Nachl.

Nach den Mitteilungen des Kommissars für die Umsiedlung muss nun aber die Stadt Tübingen im Jahr 1950 damit rechnen, dass auch sie Ausgewiesene aufnehmen muss. (Wir werden berechtigt verlangen dürfen, dass Tübingen auf das ganze gesehen, - d.h. Einheimische, Studenten, Behörden, Ausgewiesene und Besatzungsangehörige zusammengenommen - nicht stärker belastet wird als die anderen südwürttembergischen Gemeinden, aber wir können auch nicht ungekehrt verlangen, dass es, im ganzen gesehen, weniger stark belegt wird, als andere Gemeinden, die ihrerseits erklären, schon am Ende ihrer Aufnahmemöglichkeit zu sein. Das bedeutet nun ./.

keinesfalls, dass wir nicht voll des Mitgeföhls und der aktiven Teilnahme für unsere deutschen Heimatvertriebenen sein würden. Wir wollen ihnen helfen, wo wir helfen können. Das zeigt die Zahl der schon in unseren Mauern lebenden über 2 000 Ausgewiesenen und unser stetes Bemühen und Sorgen um ihr wirtschaftliches Fortkommen.

d) Gleich noch ein Wort zu der Entwicklung der Tübinger Bevölkerung:

Im letzten Jahr haben 539 junge Menschenkinder in Tübingen das Licht der Welt erblickt, 413 Paare schlossen auf unserem Rathaus den Bund fürs Leben, und wir betrauern den Tod von 277 Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt, die nicht nur im Kreis ihrer Lieben, sondern auch im Leben der Stadt und Univesität tiefe Lücken hinterlassen haben (Ehrenbürgerin Anna Bosch, Prof. Dr. Steinbüchel, Prof. Dr. Stadelmann, Prof. Dr. Heidenhain, Weingärtner Zacharias Krauss u.a.m.)

2. Angesichts des ausserordentlichen Wohnraummangels kommt der Arbeit des Wohnungsamts eine ausschlaggebende Bedeutung zu.

a) Die Aufgabe des Wohnungsamts bestand seit Juni 1945 darin, ohne nennenswerte Neuschaffung von Wohnraum, aber unter dem Druck der Beschlagnahme ganzer Häuser und vieler Einzelwohnungen für die Besatzungsmacht dennoch für die Wohnungsverdrängten und die Neuzugewanderten ausreichend Wohnraum zu schaffen. Wohnungs-

suchende der letzten Jahre mit meist berechtigten Ansprüchen konnten unter diesen Umständen nur durch Erfassung von Wohnraum bei anderen Wohnungsinhabern notdürftig mit Wohnraum und Küchenbenutzung versorgt werden. Alles dies ging aber auf Kosten der Tübinger Bürgerschaft. Dadurch wurde das Wohnungsamt zu einem der unbeliebtesten Ämter. Jetzt ist bereits der 5. Leiter seit 1945 im Amt. Die ganze Bitterkeit, die die heutige Wohnungsnot verursacht, konzentriert sich auf die Angehörigen dieser Behörde. Fast jeder Bürger fühlt sich benachteiligt; viele beschwerten sich bei den Stadträten, bei der Stadtverwaltung, beim Oberbürgermeister und den vorgesetzten Dienstbehörden. Bei der immer grösser werdenden Zahl von Wohnungseuchenden werden die notwendigen Eingriffe immer schmerzlicher und die Reaktion in Form von Beschwerden an alle erreichbaren Instanzen immer heftiger. Dabei bitte ich zu bedenken, dass wir in Tübingen im ganzen Jahr noch keine einzige Wohnungseinweisung mit polizeilichem Zwang durchgeführt haben, ein Vorgang, der in Städten wie Stuttgart, Esslingen und Reutlingen häufiger vorkommt.

(Die Frage der Erfassung oder Nichterfassung z.B. einer Dachkammer, die normalerweise im Wohnungsamt Aufgabe der Beurteilung eines Sachbearbeiters ist und innerhalb kurzer Zeit entschieden werden könnte, wird teilweise bis zur höchsten Beschwerdeinstanz im Ministerium getragen. Dieser lange Weg, bei dem alle möglichen Beschwerdeinstanzen ausgeschöpft werden, verursacht dem ./.)

Wohnungsamt eine Unsumme von Arbeit und hat auf jeden Fall eine oft unerträgliche zeitliche Verschleppung an sich berechtigter Massnahmen zur Folge.)

b) Von Wohnungssuchenden wird wiederholt geduesert, man möge das Wohnungsamt aufheben, weil es doch keine Wohnungen beschaffen könne. Dabei beweist die tatsächliche Leistung des Wohnungsamts jedem Einsichtigen das Gegenteil. Wir können das Wohnungsproblem *n o c h* nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen, sonst würden weniger zahlungsfähige Mieter überhaupt nie zu einer Wohnung kommen. Feststellen müssen wir um der Gerechtigkeit willen, dass das städtische Wohnungsamt im verflossenen Jahr immerhin 320 Wohnungen (einschl. Teilwohnungen und Untermietwohnungen mit 1 Zimmer mit über 16 qm und Küchenbenutzung) zugewiesen hat, d.h. 100 Wohnungen mehr als im Vorjahr.

c) Nach meinen Unterlagen gliedert sich diese Wohnraumzuweisung ve folgt

(1) als Ersatz für gesundheitsschädliche Räume einschl. Besatzungsverdrängte	94 Wohnungen = 30 %
(2) als Werkwohnungen	65 Wohnungen = 20 %
(3) für Angehörige von Universität und Staat	27 Wohnungen = 8 %
(4) für Ausgewiesene	21 Wohnungen = 7 %
(5) für Körperbeschädigte	21 Wohnungen = 7 %
(6) auf Grund von gerichtlichen Räumungsurteilen	20 Wohnungen = 6 %
(7) an politisch Verfolgte	13 Wohnungen = 4 %
(8) an Privilegierte der franz. Besatzungsmacht	11 Wohnungen = 3 %
(9) an Sonstige (Fliegergeschäd. und andere)	48 Wohnungen = 15 %
	<hr/> 320 Wohnungen = 100 %

- d) In 656 Fällen wurde ein Einzelzimmertausch durchgeführt; mit auswärtigen Gemeinden wurden 107 Wohnungen ausgetauscht.
- e) Mit all diesen Massnahmen konnten zwar längst nicht alle Wohnungsfälle befriedigend erledigt werden, aber die Zahl zeigt, dass doch eine g r o s s e Menge dringender Fälle bereinigt werden konnte. Noch bleiben über 1000 Wohnungsgesuche zu befriedigen. Für den Betrieb des Wohnungsamts wurden neue Arbeitsgrundlagen geschaffen, und - nun erschrecken Sie nicht - nach einem Beschluss des Gemeinderats vom 19. Dezember 1949 soll demnächst noch eine Er-gänzung durch eine erneute Wohnraumerfassung eintreten.
- f) Bei 226 Wohnungszuweisungen wirkte der W o h n u n g s - a u s s c h u s s des Gemeinderats in 16 Sitzungen mit. Über 196 E i n s p r ü c h e der Beteiligten entschied die W o h n u n g s a b t e i l u n g des Gemeinderats als 2. Instanz.
- g) In 23 Fällen wurde gegen Entscheidungen der Wohnungsabteilung des Gemeinderats bei der Aufsichtsbehörde, der Hauptabteilung VIII des Innenministeriums, B e s c h w e r d e erhoben. Dabei wurde in 17 Fällen die Entscheidung der Wohnungsabteilung durch die Aufsichtsbehörde bestätigt. N u r in 6 Fällen wurde die Entscheidung der Stadt durch das Innenministerium ganz oder teilweise aufgehoben.
- h) Ich darf daran erinnern, dass im Wohnungsausschuss neben den 4 Mitgliedern des Gemeinderats auch je ein Vertreter

1.1. - 1.4.

./.

der Hausfrauen, der Ausgewiesenen, der Körperbeschädigten, der Universität und des Baufachs aus der Bürgerschaft mit berät. Dadurch ist eine besondere Gewähr für die gerechte Verteilung des Wohnraums unter allen Gruppen der in Frage kommenden Wohnungssuchenden geschaffen.

Das Wohnungsamt ist die z.Zt. undankbarste Stelle der Stadtverwaltung. Es gebührt daher dem Leiter des Wohnungsamts, Stadtinspektor Fauser, und seinen Mitarbeitern besondere Anerkennung für ihre Arbeit, die sie ständig unter nervenaufreibenden Umständen zu leisten haben.

3) Besatzungsverdrängte

a) Die in der Vergangenheit durch die franz. Militärregierung erfolgte Zuweisung von Wohnungen an bestimmte Privilegierte ist auf Grund der Interventionen der Stadtverwaltung zu meiner grossen Befriedigung jetzt hoffentlich endgültig zu Ende. Dennoch verbleiben noch mehrere Hunderte von Wohnungsfällen, deren Wohnungsinhaber durch Massnahmen der Besatzungsmacht betroffen sind. Zu dem Fragenkomplex der besatzungsverdrängten Wohnungsinhaber hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 28. November 1949 ausführlich Stellung genommen und seine Auffassung in einem einstimmigen Beschluss niedergelegt. Der Gemeinderat sieht mit Recht die Lösung dieses Problems n i c h t im A u s - t a u s c h gegen bisher nicht beschlagnahmte deutsche Wohnungen. Der Gemeinderat erblickt vielmehr die e i n - z i g e Lösungsmöglichkeit in der S c h a f f u n g n e u e n Wohnraums für die Unterbringung der Besatzungs-

verdrängten. Z.Zt. werden jährlich als Wohnraumvergütung für beschlagnahmte Wohnungen in Tübingen auf Besatzungskosten über 1,4 Millionen DM ausbezahlt. Mit diesem Betrag könnte man die Verzinsung für eine grosse Zahl von ^{bestreiten.} Wohnungsneubauten.

Die Aufbringung des für einen solchen Wohnungsneubau erforderlichen / ^{Baukapitals} geht aber weit über den Rahmen der Leistungsfähigkeit einer Stadtverwaltung wie Tübingen hinaus. Sie kann nur bei weitgehender Hilfe des Staates, der die Besatzungskosten aufbringt, zu einem ins Gewicht fallenden Erfolg führen. Ein entsprechender Antrag ist der Staatsregierung bereits vorgelegt worden. Erfreulicherweise konnte die Frage der Entschädigung der Umzugskosten in die alten Wohnungen positiv geklärt werden. Auch sind nach der Direktive 2 100 (und Note 507 vom 3. Febr. 1949) auf Antrag Requisitionen von Luxusgegenständen wie Pianos, Radioapparate usw. aufzuheben, wie dies in letzter Zeit öfters geschehen ist. Dagegen bleibt noch offen die Kostenübernahme der Instandsetzung beschlagnahmter Einzelzimmer auf Landesmittel.

b) Darüber hinaus ist die Stadtverwaltung bemüht, auch in sonstigen Fällen einen M o b i l i a r a u s t a u s c h zu betreiben und zu unterstützen (vor allem in den Fällen, in denen es sich darum handelt, Mobiliar freizubekommen, an dem der einzelne aus persönlichen Gründen besonders hängt. Auch hat der Gemeinderat beschlossen, dass die

Pianos u. Radioapparate
zu gelassen

dringendsten Wohnungsgesuche aus dem Kreise der Besatzungsverdrängten vorzugsweise behandelt werden, und dass umgekehrt gegen solche Wohnungsinhaber, die ihnen zugewiesenen Besatzungsverdrängten oder Ausgewiesenen schikanös behandeln, mit allem Nachdruck, notfalls mit der Beschlagnahme ihrer eigenen Wohnung vorgegangen wird.)

4) Wohnungsneubau

a) Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Wohnraumproblem im ganzen nur durch Wohnungsneubau gelöst werden kann. Dieser Weg führt aber nur in einem längeren Zeitraum zum Ziel! 5 Millionen Wohnungen fehlen in Westdeutschland! In den Bemühungen um die Beschaffung von wenigstens 250 000 neuen Wohnungen im Jahr 1950 sind sich der westdeutsche Bund, unser Staat, Kreditinstitute, gemeinnützige und private Bauherren sowie alle Gmeinden einig. Seit der Währungsreform sind die Fesseln, die dem Wohnungsbau durch fehlendes Material und Arbeitskräfte gesetzt waren, weitgehend weggefallen.

b) Die Begrenzung liegt heute massgeblich auf dem finanziellen Gebiet. Die für den Wohnungsbau erforderlichen Gelder fließen bekanntlich aus 3 Quellen:

- (1) aus dem Realkredit von Sparkassen, Hypothekenbanken und Lebensversicherungen,
- (2) aus den Eigenmitteln der Bauherren und
- (3) aus öffentlichen Mitteln.

Für den Wohnungsbau in Tübingen konnten im vergan-

genen Jahr Mittel des Realkredits für I. Hypotheken in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden, insbesondere auch durch die Kreissparkasse Tübingen.

Das Eigenkapital der Bauherren - die 2. Kapitalquelle - war dagegen in so kurzer Zeit nach der Währungsreform noch recht beschränkt. Ohne ein angemessenes Eigenkapital ist aber besonders bei den heute überteuerten Baupreisen eine ausreichende Finanzierung des Wohnungsbaus praktisch nicht möglich.

Die grösste Schwierigkeit hat sich bei uns in Tübingen wie anderwärts aus der unzureichenden Zuweisung von öffentlichen Mitteln ergeben. Aus den vom Württembergischen Landtag bewilligten 23 Millionen DM Baukrediten erhielt die Stadt Tübingen leider nur 841 500 DM an verzinslichen und unverzinslichen Geldern durch das Land; viel zu wenig bei unserem grossen Wohnraumbedarf. Demgegenüber hat z.B. unsere Nachbarstadt Reutlingen ihre durch das Land zur Verfügung gestellten Mittel aus Baudarlehen und Staatszuschüssen mit über 2,5 Millionen DM angegeben.

5. In diesem Zusammenhang gleich noch ein Wort über Bautätigkeit und Bauvolumen Tübingens.

Im Jahre 1949 wurden fertiggestellt und bezogen

163 Wohnungen mit einem schätzungsweisen Bauaufwand von rund 2,630 000 DM

In Ausbau und bis spätestens Frühjahr 1950 bezugsfertig

98 Wohnungen mit einem Bauaufwand v. rd. 1.570 000 DM

Zusammen bedeutet dies also bis Frühjahr 1950 auf dem Gebiet des

Tübinger Wohnungsbaus die Neuschaffung von

261 Wohnungen mit einem Bauaufwand von rund 4,200 000 DM

Das ist gegenüber Reutlingen mit 359 geförderten Wohnungen eine sicherlich anerkennenswerte Leistung unserer Stadt.

Wenn man ferner berücksichtigt, dass noch

31 Industrie und Kulturbauten mit einem Bauaufwand von 3,100 000 DM fertiggestellt und weitere

11 Industrie- und Kulturbauten mit einem schätzungsweisen Bauaufwand von 1,100 000 DM im Bau begriffen sind, so bedeutet

dies für Tübingen einen Gesamtaufwand

von mehr als

8 Millionen DM.

6. In dieser Zahl sind aber nicht berücksichtigt, die Millionenbeträge für l a u f e n d e Unterhaltungsarbeiten an privaten und öffentlichen Gebäuden sowie für N e u b a u t e n an Brücken, Strassen, Kanälen, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen. Um Ihnen nur einen Begriff zu geben, seien Ihnen folgende Zahlen aus dem Bereich des städt. Tiefbauamts genannt:

- 16 000 qm Neubewalzungen
- 25 000 qm Oberflächenteerung
- 60 000 qm Teerausbesserungen
- 400 lfdm. Randsteine u.a.m.

Diese Baukapitalien sind überwiegend der Tübinger Bau-

wirtschaft zugeflossen. Ich betone dies besonders, weil sich unsere Bevölkerung grossenteils nicht darüber klar ist, in welchem starken Ausmass mit durch die Initiative der Stadtverwaltung die Tübinger Bauwirtschaft im vergangenen Jahr belebt wurde und auch künftig belebt werden soll.

7. Neben dem vom Land zur allgemeinen Förderung des Wohnungsbaues durch den Staat zur Verfügung gestellten Darlehen von 471 500 DM kamen im vergangenen Jahr an die Stadt Tübingen noch 370 000 DM aus Sondermitteln, womit u.a. das Altersheim, das jetzt Pauline-Krone-Heim benannt ist, mit 90 000 DM und die 30 Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen m.b.H. mit 127 000 DM gefördert wurden. Diese Unterstützung der Wohnbautätigkeit durch Darlehen aus Landesmitteln war aber nur dadurch möglich, dass die Stadt Tübingen in jedem Einzelfall eine Ausfallbürgschaft gegenüber der Landeskreditanstalt übernahm und zwar mit 470 000 DM als hälftige Ausfallbürgschaft und 450 000 DM als volle Bürgschaft in der Zeit zwischen Baubeginn und Wohnungsbezug.

8. ^{-es} Kriegszerstörte Gebäude waren/in Tübingen am Ende des Kriegs 46. Hiervon sind bis Jahresende 1949 insgesamt 35 Häuser wieder aufgebaut worden. Zwei weitere Wohnhäuser mit zusammen fünf Wohnungen stehen vor der Vollendung. Von 10 noch zerstörten Gebäuden werden voraussichtlich 4 nicht wieder aufgebaut, bei weiteren 5 ist es ungewiss. Über das letzte, das Pomonagebäude, werde ich noch in anderen Zu-

sammenhang sprechen.

9. Lassen Sie mich nun meine Ausführungen über den Wohnungsbau noch mit folgenden Einzelangaben ergänzen:
 - a) Die Stadt Tübingen selbst hat im Jahr 1949 ihre, durch Luftangriff zerstörten 8 städt. Gebäude an der Schaffhausenstrasse mit 32 Wohnungen wieder aufgebaut.
 - b) Die gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen, mbH., an der die Stadt mit 51 % beteiligt ist, hat im Jahre 1949 30 Dreizimmerwohnungen an der Schaffhausenstrasse in Angriff genommen. Sie sind voraussichtlich im Frühjahr 1950 fertiggestellt. Ferner hat sie an der Rheinlandstrasse als Versuchsbauvorhaben den Bau von 14 Dreizimmerwohnungen und 6 Zweizimmerwohnungen, die in 3 Reihenhäusern zusammengefasst sind, übernommen. (Der 1. dieser Baukörper soll Anfang Februar 1950 bezugsfertig werden).
 - c) S t a a t und P o s t v e r w a l t u n g haben mit zusammen 45 Wohnungen ebenfalls zur Entlastung der Wohnungslage beigetragen.
 - d) Anzuerkennen ist auch, dass von p r i v a t e n Bauherren im vergangenen Jahr rund 100 Wohnungen in Angriff genommen und grösstenteils fertiggestellt wurden.
 - e) Auch schaffte die S t e u e r g e s e t z g e b u n g erfreulicherweise beachtliche Möglichkeiten an steuerlichen Vorteilen bei Bereitstellung privater Mittel für den Wohnungsbau. Diese Chance wurde in Tübingen vielseitig ausgenutzt. Es wäre dringend erwünscht, wenn Be-

triebe von Handel, Gewerbe und Industrie auch in Zukunft diese steuerlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen würden.

f) Die Stadtverwaltung hat im Jahre 1949 neben den städt. Wohnbauten auch den gemeinnützigen und privaten Wohnungsbau weitgehend durch Überlassung von städt. Grundbesitz zu Eigentum oder in Erbbaurecht gefördert. 156 Wohnungen wurden auf städt. Grund und Boden errichtet, 89 sind bereits bezogen. Es handelt sich dabei um 69 städt. Bauplätze mit insgesamt 962... ar.

Der Vorrat des städtischen Baugeländes an erschlossenen Strassen geht nunmehr aber zur Neige. Es musste deshalb weiteres städt. Baugelände im Gebiet der Eberhard- und der Stuttgarter Strasse erschlossen werden, wo im Jahr 1950 Platz für 336 Wohneinheiten geschaffen wird. Für die Weiterführung des Wohnungsbaus in Tübingen wird es aber entscheidend darauf ankommen, dass nun auch p r i v a t e s Baugelände in ausreichendem Umfang und zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt wird, und zwar an bereits ausgebauten Strassen. Es ist für die Stadt unerträglich, dass die ausgebauten Strassen noch grosse Baulücken aufweisen, weil die Grundstücksbesitzer ihre Grundstücke nicht zur Bebauung zur Verfügung stellen und dadurch die Stadtverwaltung zwingen, mit einem jährlich in die Hunderttausende von DM gehenden Aufwand neues Baugelände zu erschliessen.

g) Dass die Stadt ausserhalb des Wohnungsbaugeländes an rund 2 000 Bürger über 2 500 Grundstückspartellen zur Pacht

überlassen hat, sei nur im Zusammenhang mit der Grundbesitzfrage mit erwähnt.

h) Von den städt. Obstärten ist dieses Jahr nichts zu berichten, da die Frostnacht vom 10./11. Mai 1949 die gesamte Obsternte vernichtet hat.

10. Mit Vorbereitung und Durchführung des Wohnungsbaues sind Hochbauamt, Tiefbauamt und Stadtmessungsamt, ferner mit Finanzierungsfragen das Hauptamt und die Stadtpflege laufend auf das intensivste befasst. Diese Arbeiten waren ausserordentlich umfassend, zeitraubend und verantwortungsvoll. Sie zum guten Ende gebracht zu haben, sei den genannten Ämtern nochmals besonders gedankt.

11. Diese eindrucksvollen Zahlen und meine absichtlich ins Einzelne gehenden Ausführungen mögen Ihnen beweisen, dass die Stadt Tübingen das Wohnungsproblem wirklich als Aufgabe Nr. 1 aufgefasst und mit der Schaffung von 261 Wohnungen wesentlich vorangetrieben hat.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass diese Wohnungsneubauten auch sehr wohl einen Vergleich aushalten können mit dem Tübinger Wohnbauprogramm der letzten Jahrzehnte.

Wie ich aus alten Rechenschaftsberichten feststelle, lag die Neubautätigkeit in Tübingen auch in den besten Baujahren nur zwischen 150 - 200 Wohnungen jährlich.

II. Sonstige Bauaufgaben

Aus dem Kreis der sonstigen Bauvorhaben möchte ich in diesem Zusammenhang noch hervorheben:

1. Der Ausbau der beiden Kaiser-Wilhelm-Institute in der Melanchthonstrasse und "Auf der Unteren Viehweide" durch den Staat, letzteres ^{auf} städtischem Grund und Boden.
2. Als wohl grösste bauliche Leistung, die das Land im Stadtgebiet Tübingens geschaffen hat, ist die neue Brücke im Zuge der Umgehungsstrasse zu nennen. Sie ist an Stelle der im Frühjahr 1945 gesprengten Brücke getreten. Wir sind dem Staat und seinem für den Bau verantwortlichen Oberbaurat Böhringer für dieses hervorragende Brückenbauwerk im Wert von 420 000 DM sehr dankbar. Wir hoffen, dass nach Anbringung der in Auftrag gegebenen Richtungsleuchtzeichen ein Teil des Durchgangsverkehrs, der bisher die Innenstadt berührte, auf die Umgehungsstrasse umgelenkt wird (Allzu grosse Hoffnungen darf man sich allerdings nach unseren bisherigen zahlenmässigen Feststellungen nicht machen.)
3. Und nun noch das besondere Sorgenkind unserer Stadt auf baulichem Gebiet, nämlich die Lösung der städtebaulichen und Verkehrsprobleme am Neckartor und im besonderen die Neugestaltung des Pomonagebäudes.

Der Gemeinderat hat sich in überwiegender Mehrheit

für eine Lösung eingesetzt, die der mutmasslichen Verkehrsentwicklung an diesen Brennpunkt des Tübinger Strassenverkehrs Rechnung trägt. Ein neuerliches Gutachten der Strassenbauabteilung des Innenministeriums gibt dieser Auffassung recht. Durch mehrfache Verkehrszählungen ist ferner festgestellt worden, dass der Verkehr in der Mühlstrasse kaum geringer ist als auf dem Stuttgarter Schlossplatz, also an einem bekannten Brennpunkt des grossstädtischen Verkehrs. Wir waren über diese zahlenmässigen Ergebnisse selbst überrascht.

Die Stadtverwaltung hat im vergangenen Jahr viele Verhandlungen mit der franz. Militärregierung, mit den Anliegern, mit Architekten, Bauinteressenten und dem Innenministerium in der Sache Neckartor geführt

Sie haben die eindeutige Erklärung der franz. Militärregierung gebracht, sich aus der Lösung der Neckartorfrage herauszuhalten und damit auf den früheren Befehl der Niederreissung des Pomonas endgültig zu verzichten. Ferner ist erreicht worden, dass das Innenministerium den vom Gemeinderat beschlossenen Ortsbauplan nebst Anbauvorschrift für ^{das} Neckartor, der über 20 Anlieger betroffen hat, g e n e h m i g t e .

Es wird nun wesentlich an den Anliegern des Neckartors, vor allem den Eigentümer des Pomonagebäudes, liegen, die Konsequenz aus diesen genehmigten Rechtsgrundlagen für den Wiederaufbau zu ziehen und das Pomona mit städt.

Unterstützung bald in neuzeitlicher Gestalt erstehen zu lassen.

III. Auch die Verkehrsprobleme in Tübingen drängen zu einer umfassenden Lösung.

- 1) Wenn man durch die Innenstadt fährt, so erlebt man auf Schritt und Tritt, dass die engen Gassen und Strassen von Fahrzeugen stundenweise über-beanspruchht sind.

Auch als Fussgänger ist man seines Lebens nicht mehr sicher.

- 2) Wir haben im vergangenen Jahr einzelne Fälle des städt. Verkehrs herausgegriffen, ^{und sie} wie z.B. das Parkverbot an der Grabenstrasse einer Lösung zugeführt. Es erscheint aber als eine vordringliche Aufgabe für das Jahr 1950, dass die Stadtverwaltung das Verkehrsproblem der Innenstadt und insbesondere auch die Parkplatzfrage unter Hinzuziehung von Verkehrsspezialisten einer grundsätzlichen Entscheidung zuführt. Nach meiner Auffassung wird nichts übrig bleiben, als in grösseren Teilen der Innenstadt eine straffere Verkehrsregelung einzuführen, Einbahnstrassen zu schaffen, stundenweise Parkverbote an verkehrsreichen Strassen anzuordnen und Parkgelegenheiten an Nebenstrassen und vorhandenen Plätzen zu schaffen (wie in Stuttgart an diesjährigen "Goldenen Sonntag" aus Gründen der Sicherheit des Käuferpublikums vorübergehend die ganze Königstrasse für Kraftfahrzeuge gesperrt war.)

- 3) Der Verkehrsregelung kommt aber auch im Hinblick auf die Verbindung zu den benachbarten Gemeinden und dem Fernverkehr besondere Bedeutung zu. Anerkennen wir vorbehaltlos, was Staat, Kreis und Stadt an den Strassen im letzten Jahr verbessert hat. Bedenken wir aber andererseits, dass Tübingen an der Kreuzung der beiden Reichsstrassen Nr. 27 und 28 liegt, d.h. einmal an der Nord-Süd-Verbindung von Norddeutschland über Stuttgart, Tübingen, Schaffhausen, Schweiz, Italien und an der Ost-West-Verbindung, die von Wien über Ulm, Tübingen nach Strassburg und Paris führt. Diese aussergewöhnliche Verkehrslage verpflichtet deshalb eine Stadtverwaltung wie Tübingen, neben dem Fremdenverkehr den ^{reibungslosen Ablauf des} Strassenverkehrs besonderes Augenmerk zu widmen. Projekte, wie Neckarbrückenverbeiterung, Tunnelbau durch den Schlossberg, liegen nicht ausser der Zeit.
- 4) In Nahverkehr wird es notwendig sein, umliegende Kreisgemeinden und benachbarte Städte noch stärker als bisher ^{durch} Omnibus-Linien mit Tübingen zu verbinden. Damit könnten dann auch die Arbeiter und Angestellten der Tübinger Betriebe in vermehrtem Umfang in den die Stadt umgebenden Gemeinden angesiedelt werden.
- 5) Dank sei noch in diesem Zusammenhang der Bundesbahndirektion ^{Karlsruhe} für die wesentlichen Verkehrsverbesserungen im alten Jahr auf Bahn- und Omnibusstrecken von und nach Tübingen gesagt.

Die Verkehrsregelung kommt aber auch im Hinblick auf die Verbindung zu den benachbarten Gemeinden und dem Verkehr besondere Bedeutung zu. Anzuerkennen ist vor-
 behalten, was Stadt, Kreis und Staat an den Straßen
 im letzten Jahr verpasst haben. Bedenken ist aber über-
 setzt, dass Tübingen an der Verkehr der beiden Kreis-
 strassen Nr. 27 und 28 liegt, d. h. einmal an der Nord-Süd-
 Verbindung von Norddeutschland über Stuttgart, Tübingen
 Schaffhausen, Schwyz, Italien und an der Ost-West-Ver-
 bindung die von Wien über Ulm, Tübingen nach Straßburg
 und Paris führt. Diese aussergewöhnliche Verkehrsrolle ver-
 pflichtet deshalb eine Stadtverwaltung wie Tübingen, neben
 der Verkehr der Verkehr besonders Augen-
 merk zu widmen. Projekte, wie Verkehr
 innerhalb durch den Verkehr, liegen nicht ausser der
 Zeit.

4) In Verkehr wird es notwendig sein, weilgenade Kreis-
 gestehen und benachbarte Städte noch stärker als bisher
Verkehr als Tübingen zu verbinden. Dort kann
 ten kann auch die Arbeiter und Angestellten der Tübingen
 Betriebe in weiteren Umfang in den die Stadt angehenden
 Gemeinden angeheilt werden.

2) Das ist noch in einem Zusammenhang der Verkehr
 für die wesentlichen Verkehrsarbeiten
 setzungen im alten Jahr auf Bahn- und Umfahrungen von
 und von Tübingen angeht.

IV. Förderung von Gewerbe und Industrie.
 =====

In engem Zusammenhang mit den baulichen Aufgaben der Stadtver-
 waltung steht die Förderung von Gewerbe und Indu-
 strie.

1. Tübingen hat sich, wie Sie wissen, früher grundsätzlich
 gegen die Ansiedlung von Industrie gesperrt. Es woll-
 te bewusst eine Stadt von Professoren, Beamten und Studen-
 ten sowie des bodenständigen Handwerks bleiben. Deren-
 dings und Lustnau hatten in der Zeit ihrer Selbständigkeit
 eine weit stärkere industrielle Entwicklung erfahren als
 Tübingen selbst. Das Ergebnis war, dass Tübingen in seiner
 Steuerkraft weit hinter anderen Städten von ähnlicher Ein-
 wohnerzahl zurückgeblieben ist.

Der grosse Komplex an Universitätsgebäuden mit Klini-
 ken und Instituten bringt der Stadt keine Steuern ein.
 Die Steuerfreiheit der staatlichen Gebäude verursacht der
 Stadt jährlich einen Grundsteuerausfall von über 680 000 DM.
 Dafür bieten die mittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen
 der Universität, besonders bei der heutigen Geldnot der
 Studenten, keinen entsprechenden finanziellen Ausgleich
 mehr wie in früheren Jahrzehnten.

Die Stadtverwaltung hat daher in den letzten Jahren
 die Ansiedlung leistungsfähiger Industrien bewusst geför-
 dert. Unter den Betrieben, deren bauliche Entwicklung die
 Stadtverwaltung im Jahre 1949 durch Bereitstellung von
 städt. ^{Bau-}Gelände nachdrücklich unterstützte, erwähne ich zu-
 nächst das Astra-Wollwerk und das Veredlungswerk Dr. Adolff.

Eine grosse Fabrikhalle und mehrere Wohngebäude an der Bismarckstrasse sind fertig. Ein weiterer Fabrikneubau und einige Wohnhäuser sind für 1950 vorgesehen. Ferner zu erwähnen ist die Arzneimittelgrosshandlung Andreä-Noris-Zahn, die in erstaunlich kurzer Zeit ein Betriebs- und Verwaltungsgebäude an der Rheinlandstrasse errichtet hat. Dazu kommen noch einige andere Firmen, deren Bauplätze zur Verfügung gestellt wurden.

2. Die industrielle Entwicklung stellt die Stadtverwaltung zwangsläufig vor grosse städtebauliche Probleme. Morgens und abends erleben wir es täglich, wie tausende von Berufstätigen von und zur Bahn strömen. Neben der Verbesserung der Verkehrsverbindungen wird der Stadtverwaltung im Zuge der Ausweitung der Tübinger Industrie nichts übrig bleiben, als mit der Zeit eine namhafte Anzahl dieser in den Tübinger Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten, die heute noch auswärts wohnen, in Tübingen selbst anzusiedeln. Wir werden daher auch unter diesem Gesichtspunkt den Wohnungsbau in Tübingen forcieren müssen. Hierbei müssen wir aber auch die Tübinger Betriebe um ihre Mitarbeit bitten. Ein schöner Anfang wurde im Jahr 1949 schon durch Schaffung von 65 Werkwohnungen gemacht.

3. Im Genehmigungsverfahren für Gross- und Einzelhandelsgeschäfte, für Handwerk und Gaststätten ist die Stadt ebenfalls in monatlich steigendem Masse eingeschaltet. Bei der Befürwortung solcher Genehmigungen hat die Stadtverwaltung im vergangenen Jahr darauf Bedacht ge-

nommen, den Unterschied gegenüber der amerikanischen Zone, wo ja der Grundsatz der Gewerbefreiheit gilt, nicht allzu sehr in Erscheinung treten zu lassen. Neben der eigentlichen Bedürfnisfrage wurde weitgehend die soziale Notlage berücksichtigt. Eine Reihe von Flüchtlingen, Schwerbeschädigten und Spätheimkehrern konnte auf diese Weise eine selbständige Existenz finden.

Schwierigkeiten bereiten die ständigen Versuche des ambulanten Gewerbes, einen verstärkten Strassenhandel aufleben zu lassen. Diesen Bestrebungen tritt die Stadt im Interesse der Erhaltung des Stadtbildes und zur Vermeidung einer unerwünschten Konkurrenz für das örtliche Gewerbe entgegen.

4. Ein Sorgenkind der Stadtverwaltung ist auch das M a r k t w e s e n. Der Marktplatz wird von Händlern und Gärtnern mit ihren Ständen, LKW's und Handwagen übermässig in Anspruch genommen. Es erscheint ^{als} eine dringende Aufgabe des Jahres 1950, für die Aufstellung der Marktstände und die Regelung des Verkehrs einen Plan zu beschliessen, um den Grossmarkt und den Kleinhandel in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Dass wir im vergangenen Jahr wieder den wöchentlichen Schweinemarkt auf dem Kelterplatz eingeführt haben, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

5. Mit besonderer Freude hat es die Stadtverwaltung begrüsst, dass der Einzelhandel im vergangenen Jahr wirkungsvolle Schritte unternommen hat, um die geschäftliche Anziehungskraft Tübingens zu steigern. Das gemeinsame Vorgehen im Zusammenwirken mit örtlicher Presse und Werbefirmen, lässt

erkennen, dass die Tübinger Geschäftswelt nicht resigniert, sondern dass sie es den Geschäftsleuten in anderen Städten gleichtun will. Die Stadtverwaltung hat diese Bestreben besonders zu Weihnachten dadurch gefördert, dass sie neben der erleuchteten Schaufensterdekoration der Firmen eine festliche Illumination der wichtigsten Strassenzüge durchführte, und damit sicherlich zur Steigerung des weihnachtlichen Geschäftsumsatzes beitrug.

6. Aus Kreisen der Tübinger Wirtschaft wurde im vergangenen Jahr die Erstellung einer *M e s s e h a l l e* vorgeschlagen. Sie sollte für Veranstaltungen der verschiedensten Art dienen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten stehen vorläufig der Verwirklichung dieses Planes im Wege. Ich würde es aber sehr begrüßen, wenn dieser Gedanke nicht zu den Akten gelegt würde.
7. Aus dem Bestreben zur Förderung der Tübinger Wirtschaft heraus haben wir es auch lebhaft begrüsst, dass die Allianz-Lebensversicherungsgesellschaft der Stadtverwaltung den Vorschlag unterbreitet hat, auf städt. Grund und Boden an der Ecke Friedrich- und Poststrasse *a u s s e r* einem *S t u d e n t e n h e i m* einen stattlichen Laden- und Bürobau zu errichten, vorausgesetzt, dass ein Teil der erforderlichen Mittel zur Deckung der unrentierlichen Baukosten von den Interessenten aufgebracht wird. Dieses Projekt wäre geeignet, den Mangel an Laden- und Büroräumen in Tübingen zu vermindern. Wir hoffen noch, dass sich einige einheimische Interessenten finden werden, damit

diese wirtschaftlich und städtebaulich gute Lösung verwirklicht und eine seit über einem halben Jahrhundert offene Baulücke endlich geschlossen werden kann.

V. Soziale Fragen.

Neben der Förderung der im aktiven Wirtschaftsleben stehenden Menschen obliegt einer Stadtverwaltung wie Tübingen vor allen auch die soziale Betreuung der Bevölkerungskreise, die durch Alter, Krankheit oder Kriegsfolgen aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen sind oder nur noch beschränkt daran teilnehmen können. Die Bedeutung dieser Frage kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Sozialetat unserer Stadt die zweitgrösste Position unseres städtischen Haushalts ist und ^{Brutto-}Ausgaben von über 850 000 DM verursachen.

1. Die ö f f e n t l i c h e F ü r s o r g e im ganzen ist im Jahr 1949 durch eine Reihe gesetzgeberischer Massnahmen erweitert worden.

(Ich erwähne davon:

- a) die Erhöhung der Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge ab 1. Juni 1949,
- b) das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz, das eine Erhöhung der Rentenleistungen der Sozialversicherung mit sich bringt,
- c) das Körperbeschädigten-Leistungsgesetz,
- d) das sozial besonders zu begrüessende Soforthilfe-Gesetz als 1. Teil des allgemeinen Lastenausgleichs,
- e) das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und die Verordnung über die Arbeitslosenfürsorge,
- f) das Gesetz über die Gewährung von Unterhaltsbeiträgen an ehem. Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen.)

Diese Gesetze bedingen zweifellos für die öffentlichen Haushalte erhebliche Mehrausgaben. Dennoch reicht im einzelnen Fürsorgefall die Steigerung der Renten - besonders auch im Hinblick auf die Entwicklung der Preise - nicht aus, um der Gesamtheit der Sozialrentner, der Kriegs- und Währungsbeschädigten, der Ausgewiesenen u. a. m. den ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern. Noch ist ein beträchtlicher Teil von ihnen nebenbei auf die allgemeine Fürsorge angewiesen.

2. Den Ausgewiesenen galt auch im vergangenen Jahr die besondere Sorge des Sozialamts und des städt. Sozialausschusses, den ich als Vorsitzender leite. Zwar konnten sie grösstenteils in Arbeit gebracht werden; aber unter ihnen bleiben, naturgemäss, noch viele akute Notfälle, die nur durch öffentliche Fürsorge überwunden werden können. Insgesamt haben wir die Ausgewiesenen mit über 38 000 DM unterstützt.
3. Das KB-Leistungsgesetz, das am 1. Juni 1949 in Kraft getreten ist, hat für die Schwerbeschädigten gewisse Verbesserungen gegenüber den seitherigen Versorgungsleistungen gebracht. Die Hinterbliebenen sind jedoch z. T. schlechter gestellt, weil das Gesetz u. a. keinen Mietzuschuss mehr vorsieht. In solchen Fällen hat das städtische Sozialamt beim Versorgungsamt erreicht, dass wenigstens eine Rente in Höhe der Richtsätze der öffentlichen Fürsorge gewährt wird. (Insgesamt haben wir über 1 000 Schwerbeschädigte der Stufen I-IV) (Schwerbeschädigte Stufe I: 212, II: 316, III: 354, IV: 123)

4. Rückwirkend ab 1. April 1949 ist das langersehnte *S o - f o r t h i l f e g e s e t z* auch für die franz. Zone in Kraft getreten. Die Durchführung dieses Gesetzes ist der Stadtverwaltung übertragen worden, die dafür ein "Städt. Amt für Soforthilfe" ohne zusätzliche Arbeitskräfte eingerichtet hat.

Der Soforthilfe-Ausschuss und das Städt. Soforthilfeamt haben bisher 554 Anträge auf Unterhaltshilfe und 909 Anträge auf Hausratshilfe behandelt. Bis Ende Dezember 1949 wurden an Unterhaltshilfe 54 720 DM, an Hausratshilfe bis zur gleichen Zeit 44 500 DM ausgezahlt.

Nach neuesten Nachrichten soll das günstige Soforthilfe-Aufkommen in Südwürttemberg für das kommende Jahr auch monatliche Ausbildungsbeihilfen bis zu 40 DM ermöglichen. Trotzdem darf die Bedeutung des Soforthilfe-Gesetzes nicht überschätzt werden. Es kann und soll, wie auch sein Name sagt, nur eine "Erste Hilfe" bei akuten Notfällen darstellen.

5. Nach der Währungsreform hatte man bei den Fürsorgebehörden einen starken Zugang an Hilfsbedürftigen erwartet, die ihre Existenzmittel durch die Währungsreform verloren hatten. Selbstverständlich haben öffentliche Fürsorge und Soforthilfe in zahlreichen Fällen von Währungsschäden eingreifen müssen. Im ganzen aber ist festzustellen, dass in Tübingen nicht wenige Alte und Arbeitsunfähige, die durch die Währungsreform ihr erspartes Vermögen verloren haben, von der Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe absehen und recht und

schlecht das Dasein fristen. So gibt es auch bei uns in Tübingen v i e l v e r b o r g e n e N o t !

6. Die Stadtverwaltung hat es daher besonders bedauert, dass durch die Währungsreform auch das beträchtliche Geldvermögen des "Tübinger Hilfswerks" vernichtet ist, nachdem unmittelbar nach der Währungsreform schon die Umwertung dieses Vermögensbestandes vom Finanzamt Tübingen anerkannt war. Ich habe mich neuerdings noch einmal beim Finanzministerium um die Anerkennung der Umwertung dieses Vermögens von über 40 000 DM bemüht. Leider aber t**bis** heute noch vergebens.

Der Verwaltungsrat des Tübinger Hilfswerks, dessen Vorsitzender ich bin, hat trotz aller dieser Schwierigkeiten beschlossen, das Hilfswerk weiterzuführen. In diesem Jahr ist es für eine Verteilung der Weihnachtssammlung des Tübinger Einzelhandels zu Gunsten der Bedürftigen eingesetzt worden. Für die Spenden im Wert von rund 5 000 DM sei allen beteiligten Geschäften herzlichst gedankt.

Die Stélléung des Tübinger Hilfswerks hatte vor allem auch dazu geführt, dass die frühere umfassende Tätigkeit von Stadtverwaltung und Hilfswerk auf dem Gebiet der J u g e n d f ü r s o r g e weitgehend eingestellt werden musste.

Ich möchte Sie, meine Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch an dieser Stelle bitten, dem "Tübinger Hilfswerk", einer Gründung meines verkehrten Amtsvorgängers, Oberbürgermeister o.D. Hartmeyer, zur Weiterführung seiner segens-

reichen Tätigkeit zu verhelfen. Gerade das "Tübinger Hilfswerk" kann den von mir oben erwähnten verschämte Notleidenden sehr viel helfen, die von der öffentlich Fürsorge keinen Gebrauch machen wollen oder von ihr richtsatzmässig nicht hinreichend unterstützt werden können. Sein segensreiches Wirken füllt eine Lücke aus, die wir in den letzten Monaten, in denen das Hilfswerk durch die Ablehnung der Umwertung seines Vermögens stillgelegt war, Tag für Tag besonders schmerzlich empfunden haben.

7. Ein weiteres wesentliches Glied in der sozialen Betreuung unserer Bürger, stellen die Städtischen Heime dar.

Neben dem Bürgerheim in der Schmiedtorstrasse und dem Gaab-Rollwagen-Stift in der Neckarhalde betreut die Stadtverwaltung vor allem das Gutleuthaus.

Im vergangenen Jahr hat die Stadtverwaltung mit einem Aufwand mit über 350 000 DM in Verbindung mit dem Gutleuthaus den Neubau eines Altersheims begonnen. Dieses Altersheim soll im kommenden Frühjahr in Betrieb genommen werden. Wir freuen uns sehr über dieses architektonisch gelungene Bauwerk, das 60 Tübingern und Tübingern einen freundlichen Aufenthalt in ihren alten Tagen geben soll. Zum Gedächtnis an eine bekannte Wohltäterin der Stadt und besonders des Gutleuthauses, die verstorbene Frau Pfarrer Pauline Krone, hat der Gemeinderat das neue Altersheim samt dem bisherigen Gutleuthaus auf ihren 90. Geburtstag als "Pauline-Krone-Heim" benannt.

8. Zum Bereich des Sozialamts gehören auch die 5 städt. Kindergärten, die z.Zt. 420 Kinder betreuen, und einen jährlichen Zuschuss von über 50 000 DM erfordern. Um die anderweitige Unterbringung des Kindergartens auf dem Österberg haben wir uns im vergangenen Jahr in zahlreichen Verhandlungen mit der Besatzungsmacht bemüht. So nahe wir uns gelegentlich einer befriedigenden Lösung glaubten, so ist doch bis heute in diesen Verhandlungen noch kein Abschluss erzielt worden.

Auch die Schaffung einer Kindertagesstätte ist bisher vorwiegend an der Raumfrage gescheitert. Die Stadtverwaltung anerkennt durchaus das Bedürfnis nach einer solchen Kindertagesstätte, in der vor allem Kinder von Berufstätigen den ganzen Tag über untergebracht und über Mittag auch verpflegt werden können. Neben der Raumfrage bereitet dabei aber auch die Deckung des Zuschussbedarfs beträchtliche Schwierigkeiten. (Dieser wird mit etwa 20 000 DM jährlich beträchtlich ins Gewicht fallen).

9. Gegenstand zahlreicher Erörterungen bildeten im vergangenen Jahr die Speiseeinrichtungen des Sozialamts.

Der Volksküchenbetrieb, der vor der Währungsreform eine so grosse Bedeutung für die Versorgung minderbemittelter Bevölkerungskreise hatte, ist in seiner bisherigen Bedeutung zurückgegangen. Zeitweilig bestand sogar die Absicht, die Volksküche einzustellen. Durch Vereinbarung mit dem Tübinger Studentenwerk an der Universität

wird aber jetzt die Volksküche zunächst weitergeführt. Sie liefert z.Zt. täglich 850 Essen an Studenten.

Neu ist die im Mai 1949 eingeführte S c h u l s p e i - s u n g , die in der Volksküche zubereitet wird und 7 000 Schulkindern zu Gute kommt. Wir sind dem amerikanischen Staat für diese unentgeltliche Lieferung von Lebensmitteln zu besonderem Dank verpflichtet. Die Stadtverwaltung hat die Kosten für Herstellung und Verteilung der Speisung zu tragen. Nach anfänglich organisatorischen Schwierigkeiten hat sich die Einsammlung von freiwilligen Beiträgen der Eltern eingespielt. Ich möchte Sie - soweit Ihre Kinder die Tübinger Schulen besuchen - herzlich bitten, dass Sie auch weiterhin der Stadtverwaltung durch Leistung eines bescheidenen Beitrags die Durchführung der Schulspeisung ermöglichen.

Manchem mag die Schulspeisung bei den heutigen Ernährungsverhältnissen überflüssig erscheinen (und das Verhalten eines Teils der Kinder, das Essen wegzuschütten, scheint dieser Vermutung Recht zu geben). Eine grosse Zahl von Eltern bekunden aber immer wieder, dass sie für die Schulspeisung im INTÉ^{re}esse der Gesundheit ihrer Kinder wirklich dankbar sind. Im wesentlichen sehe ich das richtige Funktionieren der Schulspeisung als ein Erziehungsproblem unserer Schuljugend an.

10. Im Jahr 1949 sind nach Tübingen, vornehmlich aus Russland bis zum 15. Dezember über 130 Gefangene aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt.

Das Problem der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen ist ein deutsches Gesamtproblem.

Da ich von 1945 - 1948 selbst harte Jahre der Kriegsgefangenschaft an eigenen Leib verspürt habe, werden Sie meine herzliche Anteilnahme am Schicksal dieser Kameraden und ihrer Familien ermessen können. Es war deshalb für Mitglieder von Gemeinderat und Stadtverwaltung eine grosse Freude, an 2 Abenden jedesmal über 60 Heimkehrer herzlich zu begrüssen. Ich heisse bei dieser Gelegenheit auch alle übrigen Heimkehrer des letzten Jahres von Herzen willkommen. Die Stadt hat sich mit allen Kräften um den Wiedereinbau unserer Heimkehrer ins tägliche Leben bemüht und für die Linderung ihrer seelischen und materiellen Nöte gesorgt. (So ist z.B. erst vor kurzem zum Leiter des Stadtmessungsamts einstimmig der Russlandheimkehrer Hentig gewählt worden. Auch andere Stellen sind langjährigen Kriegsgefangenen übertragen worden.)

Es muss Aufgabe der staatlichen Stellen sein, immer wieder den Appell an das menschliche Gefühl und an die internationale Rechtsordnung zu erneuern, damit die Mahnung an die Verantwortlichen für das Schicksal dieser gequälten Männer und Frauen im Alltag nicht verblasst. Jeder Heimkehrer macht uns erneut bewusst, was der Ruf aus der Heimat für sie bedeutet hat, und wir dürfen nicht ermüden, bis der letzte zu uns zurückgekehrt ist.

Wir erheben deshalb heute erneut unsere Stimme, um endlich dieses Unrecht an unseren Kriegsgefangenen zu beseitigen.

und haben uns aufrichtig über die Aktivität der deutschen Bundesregierung zu Ende des Jahres in dieser Frage gefreut. Noch weilen 74 Tübinger in russischer Gefangenschaft und sind 686 im Osten vermisst.

VI. Kulturleben

=====

Ein weiteres wichtiges Arbeitsgebiet der Stadtverwaltung stellen die k u l t u r e l l e n A u f g a b e n dar.

1. In ihrem Mittelpunkt steht die Pflege der Verbindung zu den Kaiser-WILHELM-INstituten und besonders zur Universität, deren gegenwärtiger Rektor auch Mitglied des Tübinger Gemeinderats ist. Dies kommt auch bei der Zusammenarbeit auf vielen Gebieten zum Ausdruck. Das hohe Ansehen, das die Universität Tübingen im In- und Ausland genießt, hat dazu geführt, dass im vergangenen Jahr ^{der} Internationale Bund für Kultur- und Sozialarbeit in Tübingen gegründet wurde,

dass das Deutsche Studentenwerk den Sitz seiner Gesamtleitung nach Tübingen verlegt hat,

dass auch die Rektoren der Deutschen Universitäten und Hochschulen im Jahre 1949 eine Zusammenkunft in unseren Mauern hatten.

Im Sommer des vergangenen Jahres wurden in Tübingen internationale Ferienkurse durchgeführt, die von Ausländern lebhaft besucht wurden.

Auch für das Jahr 1950 erwarten wir in Tübingen eine Reihe nationaler und internationaler Kongresse. Aus ihrer Fülle

sei nur der Deutsche Botaniker-Kongress im Juni erwähnt.

2. Den weitaus grössten Haushaltpostene des Kulturwesens und überhaupt unseres städt. Haushalts stellen aber die Aufwendungen der Stadt auf dem Gebiet des *S c h u l w e s e n s* dar.

a) Für die *V o l k s s c h u l e n* sind 261 000 DM,
für die Höheren Schulen 313 000 DM
für die Gewerbe- und Handelsschule . . . 126 000 DM
für die Frauenarbeitsschule 45 000 DM
als Zuschuss veranschlagt.

In diesem Zusammenhang dürften auch die gegenwärtigen Schülerzahlen und ihr Anwachsen gegenüber dem Vergleichsjahr 1939 interessieren.

In den Volksschulen	3 574,	gegenüber 1939 mehr	37 %
Höherer Schulen	1489,	gegenüber 1939 mehr	52 %
Gewerbe- und Kaufmänn. Schulen	1 809,	gegenüber 1939 mehr	148 %
Frauenar- beitsschule	211,	gegenüber 1939 mehr	100 %

7 083

Der gegenwärtig hohe Zuschussbedarf ist für eine Stadtverwaltung von der Grösse und der bescheidenen Steuerkraft Tübingens auf die *D a u e r* unerträglich. Die Stadtverwaltung hat sich deshalb im vergangenen Jahr mit mehreren Eingaben an die Ministerien, an den Kreisverband und an den Gemeindefrat gewandt. Noch hat sie keine befriedigende Verbesserung erzielen können, obwohl 25%

der Schüler der Höheren Schulen von a u s w ä r t s kommen. Der Kreisverband leistet zwar für die kreisangehörigen Schüler in diesem Jahr einen erhöhten Beitrag von 58 000 DM. An ihm trägt aber die Stadt Tübingen selbst auf Grund ihres fast 50%igen Anteils an der Kreisumlage wieder die Hälfte. Wir hoffen aber einen namhaften Zuschuss vom Land im Zuge des Finanz- und Lastenausgleichs 1949 zu erhalten.

b) Im Volksschulwesen ist im Jahr 1949 bei uns eine wesentliche Ä n d e r u n g eingetreten. Im Dezember 1948 sind auf Grund des neuen Schulgesetzes S c h u l w a h l e n durchgeführt worden. Nur in 5 von 940 Gemeinden des Landes Württemberg-Hohenzollern sind alle 3 überhaupt möglichen Schulformen eingeführt worden, nämlich die Christliche Gemeinschafteschule, die Evangelische Bekenntnisschule und die Katholische Bekenntnisschule. Unter diesen 5 Gemeinden ist auch unser Tübingen (sonst noch Reutlingen, Ebingen, Tailfingen und Calw). Die Stadtverwaltung hat sich dieser Entwicklung gegenüber neutral verhalten. Sie hat lediglich die Forderung aufgestellt, dass durch die neue dreigliedrige Organisation des Volksschulwesens keine Mehrbelastung der Stadt für Lehrergehälter und keine weiteren Forderungen an Schulraum eintreten sollten, weil der städt. Haushaltplan neue Belastungen schlechterdings nicht mehr ertragen kann. Diesen Anforderungen der Stadtverwaltung ist bis jetzt bei der Durchführung der Schulreform in Tübingen Rechnung getragen worden.

- c) In unmittelbarem Zusammenhang mit der Neuordnung des Volksschulwesens steht die Bildung neuer Ortsschulräte, die z.Zt. im Gange ist. Entsprechend der Mehgestaltigkeit des Volksschulwesens müssen nun auch getrennte Ortsschulräte für die verschiedenen Schulformen in Tübingen selbst und ausserdem Ortsschulräte für die Stadtteile Lustnau und Derendingen gebildet werden.
- d) Im Frühjahr 1949 wurde für die Freie Waldorfschule in Tübingen, die über 300 Schüler zählt, zu deren Schulbetrieb und eigenem Schulhausneubau an der Wilhelmstrasse durch den Gemeinderat ein Betrag von 42 000 DM bewilligt.
- e) Für katholische Kinder des südlichen Stadtteils hat die Katholische Kirchengemeinde im Herbst an der Hechingerstrasse in Verbindung mit der neuen Kirche von St. Michael ebenfalls weiteren Schulraum geschaffen.
- f) Die Stadtverwaltung stand dennoch vor der unabwiesbaren Notwendigkeit, umgehend für die Tübinger Volksschuljugend weiteren Schulraum zu schaffen. Neben dem Anwachsen der Bevölkerung und damit der Schuljugend ergab sich diese Notwendigkeit vor allem aus der Beschlagnahme der Wildermuthschule und der Inanspruchnahme der Frauenarbeitsschule. Dadurch sind in Tübingen bis auf weiteres 44 Schulräume und 29 Verwaltungsräume ausgefallen. Fast jeder einzelne der verbliebenen Schulräume wird von 2 Klassen in Schichtunterricht in Anspruch genommen, so dass die Schulkinder ständig auf Schichtunterricht angewiesen sind.

Da nun die Entwicklung der Stadt grossenteils nach Süden in Richtung Steinlachtal und Galgenberg geht, hat der Gemeinderat beschlossen, zwischen der Steinlach und der Primus-Truber-Strasse auf städt. Gelände ein n e u e s S c h u l g e b ä u d e vorzusehen. Der Bauplatz mit einem Kostenvoranschlag von 1,3 Millionen DM ist vom Ministerium genehmigt. Der Baubeginn ist für das Frühjahr vorgesehen. Dankenswerter Weise hat der Landtag von Württ.-Hohenz. noch in seinem Haushaltplan 1949 als I. Rate einen Staatszuschuss von 60 000 DM eingesetzt. Der I. Bauabschnitt dieses Schulhausneubaus sieht für 1950 12 Klassenzimmer vor.

3. Unser kulturelles Leben war auch im vergangenen Jahr wieder voll der nachhaltigsten Eindrücke.

a) Musik und Theater

Örtliche Gesangsvereine und Tübinger Künstler des Taktstocks, der Instrumente und des Gesangs schenkten uns starke musikalische Erlebnisse. 66 Konzerte fanden im Jahr 1949 statt. Die alte Tradition der "Paupersänger" lebt wieder auf. In- und ausländische Meister der Musik brachten uns Stunden auserlesener Genüsse. Im Theater sahen wir 5 Gastspiele mit englischen und französischen Darstellern, aber auch deutsche Künstler, wie Bassermann, fanden ein begeistertes Tübinger Publikum.

b) Veranstaltungen.

Auf dem Gebiet der sonstigen Veranstaltungen unserer Stadt seien neben den Vorträgen des "Dies Academicus", der immer stärkeren Zulauf und dankbare Anerkennung unserer

Tübinger findet, die verschiedenen Kunstausstellungen, die Tagung der Caux-Bewegung mit ihrer eindrucksvollen Aufführung des "Vergessenen Faktors", die zahlreichen Landestagungen von Handel und Gewerbe, die Schau unserer Stadt, Gewerbeschule, die interessanten politischen Versammlungen anlässlich der Bundestagswahl u.a.m. genannt. Der Besuch des französischen Armeegenerals Koenig, von Aussenminister Schuman und dem Hohen Kommissar Francois-Poncet sowie deutscher Staatsmänner, wa^rn für Tübingen ebenfalls international zu wertendes Ereignisse.

c) Sport.

Auf sportlichem Gebiet soll das eindrucksvolle 1. Motorradrennen der 50 000, die zweimalige Automobilausstellung auf Hohen-Tübingen und das deutsch-französische Reitturnier, die internationale Hundeausstellung, das Berufsradsrennen, die Ruderregatta, das Seifenkistenrennen der Jugend, zahlreiche Fussballspiele unseres erfolgreichen TSV, Schwimm- und sonstige sportliche Wettkämpfe erwähnt werden. Wir hoffen, dass mit der Neuorganisation des sportlichen Lebens auch das T u r n e n wieder seine traditionelle Rolle in der Jugenderziehung und Körperertüchtigung in Tübingen übernimmt.

d) Rundfunk.

Auch sei noch kurz des Tübinger Studios gedacht, das nach den Plänen des Südwestfunks im Februar 1950 in Tübingen errichtet werden soll. Möge es unserm Rundfunkempfang künftig eine Bereicherung und Programmbesserung bringen.

4. Ein Wort noch zum S t ä d t e t h e a t e r, dessen Träger bekanntlich ein aus den Städten Tübingen und Reutlingen bestehender Zweckverband ist. Die Stadtverwaltung hat auch im vergangenen Jahr alles getan, um die Fortführung des seit Jahren mit seiner grossen, erfolgreichen Tätigkeit weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus bekannten Städtetheaters zu ermöglichen. Die Gemeinderäte von Tübingen und Reutlingen haben in ihren Haushaltplänen von 1949 je 35 000 DM als Zuschüsse für das Städtetheater bewilligt und das Land Württ.-Hohenz. hat 100 000 DM dazu gegeben. Das Städtetheater ist nun aber dadurch in eine schwierige Lage geraten, dass ein vorgesehener beträchtlicher Zuschuss des Südwestfunks und ein Beitrag der bespielten Städte in Frage gestellt ist. Auch bleiben die eigenen Spieleinnahmen infolge des schwachen Besuchs mehrerer Veranstaltungen hinter dem Voranschlag zurück. Ich richte auch aus diesem Anlass an Sie alle den herzlichen Appell, unser Städtetheater häufiger und zahlreicher zu besuchen als bisher, um dieses für Tübingen geschaffene hochwertige Kunstinstitut nicht in seiner Existenz zu bedrohen. Auch will ich nicht versäumen, aus diesem Anlass allen Angehörigen des Theaters mit dem Intendanten Paul R o s e an der Spitze für die auf hohem künstlerischen Niveau stehenden 119 Aufführungen des letzten Jahres herzlich zu danken.

5. Ein Wort noch zu unserer seit 1947 in den Besitz der Stadt übergangenen Stadtbücherei. Untergebracht in der Neckar-

halde 30, umfasst sie z.Zt. 5 500 Bände. Sie hat über 1 000 eingetragene Leser, an die zweimal wöchentlich gegen geringe Gebühr Bücher ausgeliehen werden. Im Jahr 1949 betrug der Ausleihe über 12 000 Bücher. Wir arbeiten ständig an der literarischen Qualitätsverbesserung und geben künftig laufend im Amtsblatt die Neuanschaffungen bekannt.

6. Auf dem Gebiet der stadtgeschichtlichen Forschung, insbesondere dem *A r c h i v w e s e n* konnten wir dank der wissenschaftlichen Arbeiten von Dr. R a u , unserem leider ausgeschiedenen städt. Archivar, und von verdienstvollen Bürgern neue Erkenntnisgewinnen. Diese Ergebnisse, die in den wieder erscheinenden "Tübinger Blättern" veröffentlicht werden, verpflichten uns erneut, bald für eine bessere Unterbringung unserer wertvollen unzerstörten Kunstschatze und Urkunden Sorge zu tragen.

7. Von der *V o l k s h o c h s c h u l e* , - im März 1947 gegründet - die von der Stadt mit namhaften Beiträgen unterstützt wird, ist zu berichten, dass sie wiederum ein erfolgreiches Arbeitsjahr hinter sich hat. Die Teilnehmerzahl schwankt pro Trimester zwischen 600 - 1 000 Besuchern. Bis zu 46 Kursen wurden abgehalten. Im Durchschnitt waren 35 Lehrkräfte an den Vorlesungen beteiligt. Durch systematische Ausweitung der berufsfördernden Kurse soll den Wünschen der Einwohnerschaft entsprochen und der Hörerkreis erweitert werden.

8. Der *F r e m d e n v e r k e h r* unserer Stadt wurde für das laufende Haushaltsjahr dem Tübinger Reisebüro *R e d e r* übertragen. Dadurch konnte eine seit langem auf diesem Gebiet unterbliebene Werbung für die Schönheit unserer Stadt und die Reize ihrer Umgebung in wirkungsvoller Weise durchgeführt werden. Für das Jahr 1950 ist eine Verstärkung der Werbung durch Faltblätter, Herausgabe eines Fremdenführers sowie durch einen am Bahnhof im Bau befindlichen Leucht-Stadtplan mit Werbetafeln vorgesehen.

VII. *Städtische Betriebe und Anstalten.*

=====

Aus dem Bereich der städtischen Betriebe und Anstalten will ich nur die wichtigsten herausgreifen.

1. Bäderwesen.

a) Im Bereich des Bäderwesens sind einmal die Erneuerung und die Umbauarbeiten im *U h l a n d b a d* hervorzuheben, für die im Jahre 1949 über 65 000 DM ausgegeben sind. Infolge der Stilllegung des Tübinger Gaswerks wurde es notwendig, eine eigene Heizanlage für unser Uhlandbad zu schaffen. Ferner wurde eine neue Wasserreinigungsanlage eingebaut. Weitere beträchtliche Instandsetzungsarbeiten, vor allem an den Kabinen und im Dampfbad können erst im Lauf der Zeit vorgenommen werden. Die Frequenz seit 1. März bis Jahresende betrug 87 000 Besucher.

b) Der Gemeinderat hat sich im abgelaufenen Jahr auch wieder mit dem Projekt eines *F r e i b a d e s* befasst. Die bisherigen Planungen und Berechnungen haben ergeben, dass

ein solches Freibad rund 400 000 DM kosten würde. Dieser Aufwand kann weder durch Darlehensaufnahme der Stadt noch durch Beiträge von dritter Seite gesichert werden. Weder von der Universität noch dem Sport-Toto war eine Unterstützung zu erreichen. Der Gemeinderat musste deshalb von dem Gedanken, den Bau s o f o r t anzufangen, Abstand nehmen.

2. Auf dem Gebiet der F e u e r w e h r wurde im Jahr 1949 die Bildung eines Kreisfeuerlöschverbandes gemäss gesetzlicher Anordnung beschlossen. Die Überleitung der freiwilligen Feuerwehr Tübingen auf diesen Kreisfeuerlöschverband läuft. (Der Zweck dieser organisatorischen Massnahme liegt darin, dass der Feuerschutz in den kleineren Kreis-Gemeinden durch die motorisierten Feuerwehren der Städte Tübingen und Rottenburg verbessert wird.) Mit Dank und Anerkennung erwähne ich das erfolgreiche Eingreifen unserer Feuerwehr bei den Bränden im Gutshof Kressbach, der Marquardteik, der Thieppalkærne und der Frottierweberei Lustnau. Insgesamt wurde unsere Feuerwehr über 45 mal alarmiert.

3. Fuhrpark und Reinigungsbetriebe.

Ein grosser Zuschussbedarf ergab sich bisher bei den städt. R e i n i g u n g s b e t r i e b e n. Es war daher notwendig, verschiedene Gebühren des Tiefbauamts zu erhöhen, um den Gebührenertrag einigermaßen den gesteigerten Löhnen und den erhöhten Kosten des Kraftfahrzeugbetriebs anzupassen. Trotzdem gleichen sich diese Gebührenhaushalte auch jetzt noch nicht vollkommen aus.

Um das sonntägliche Strassenbild zu verbessern, haben wir neuerdings in den Hauptstrassen der Stadt die Reinigung am Sonntag früh wieder aufgenommen.

4. Friedhofwesen.

Aus dem Bereich des Friedhofwesens ist hervorzuheben die Fertigstellung des mitten im Hochwald liegenden Bergfriedhofs mit seiner Kapelle. Es ist hier ein würdiges Gegenstück zur Furmlinger Kapelle mit ihrem Friedhof geschaffen worden. Der Ausblick von dort oben ist gleichzeitig auch ein neuer Anziehungspunkt für manchen stillen Wanderer. Das Ehrenfeld, in dem über 400 in Tübingen und Umgebung verstorbenen Soldaten ruhen, ist jetzt eine würdige Ruhestätte der Toten des letzten Kriegs.

Mit der Belegung des zivilen Teils des Bergfriedhofs wird in diesem Frühjahr begonnen. Die Trasse der Auffahrtsstrasse zum Bergfriedhof, die bei der Eberhardstrasse beginnt, ist festgelegt. Ihre Erstellung wird aber voraussichtlich noch einige Zeit erfordern. (Solange wird man sich leider noch mit der Auffahrt vom Waldhörnle aus und mit dem Fussweg von der Hechingenstrasse her begnügen müssen. Das Tiefbauamt hat Weisung erhalten, diesen Fussweg zu verbessern.)

5. Beim Stadt-Fleischbeschauamt wurde im Jahr 1949 bei insgesamt 8 746 Schlachtungen die Schlachtvieh- und Fleischschau vorgenommen. Davon waren 8 504 Schlachtungen für die Zivilbevölkerung und 242 für die franz. Besatzungsmacht. Diese hat ihre Schlachtungen im Tübinger Schlachthaus mit dem 31.3. 1949 eingestellt. Die Schlachtungen für den zivilen Sektor

haben gegenüber 1948 um 90% zugenommen.

VIII. S t a d t w e r k e

1. Allgemeines

Eine Sonderstellung in unserem städtischen Bereich nehmen die S t a d t w e r k e ein. Sie sind ein Eigenbetrieb, der von der Werksleitung mit einer gewissen Selbständigkeit nach kaufmännischen Grundsätzen geführt wird. Getrennt vom städtischen Haushalt wird hierfür ein sogenannter Wirtschaftsplan aufgestellt. In den wesentlichen Fragen entscheidet aber auch bei den Stadtwerken der Gemeinderat. Die Bedeutung der Stadtwerke geht daraus hervor, dass sie im Kalenderjahr insgesamt 3,8 Millionen DM umgesetzt haben. Steuerlich sind sie wie jeder andere Betrieb gleichermassen belastet. An Soforthilfe müssen sie allein 101 612 DM. bezahlen.

2. Elektrizitätsversorgung.

a) In der E l e k t r i z i t ä t s v e r s o r g u n g hat der überaus trockene Sommer und Herbst dazu geführt, dass die Elektrizitätsverzeugung im Neckarwerk und im Kraftwerk an der Rappenberghalde ausserordentlich stark zurückgegangen ist und dass die Stromversorgung des Stadtgebiets zum weitaus grössten Teil auf Fremdstrombezug von dem Überlandwerk "Energieversorgung Schwaben" (EVS) abgestellt werden musste. Insgesamt wurden im Jahr 1949 etwa 16 Millionen kWh umgesetzt.

b) Die Stadtwerke haben sich eine auf längere Sicht berechnete Umgestaltung und Verstärkung der Elektrizitätsversorgung vorgenommen.

Vor allem soll allmählich die Gleichstromversorgung durch eine Drehstromversorgung ersetzt werden. Dabei muss das E-Werk in der Nonnengassehusegebaut und durch neue leistungsfähige Kabel mit den Erzeugungs- und Umspannwerken verbunden werden. Mit diesem Vorhaben ist im vergangenen Jahr durch den Bau eines 15 000-Volt-Kabels begonnen worden.

c) Ein weiteres Anliegen der Stadtverwaltung und Stadtwerke ist die Instandsetzung und Verbesserung der S t r a s s e n b e l e u c h t u n g. Wir müssen uns allerdings darüber im Klaren sein, dass diese Arbeiten einen in die Zehntausende von DM gehenden einmaligen und ausserdem einen beträchtlichen laufenden Aufwand verursachen. Es wird sich deshalb nicht vermeiden lassen, dass wir auf diesem Gebiet unsere an sich berechtigten Wünsche beschränken und diese Arbeiten auf Jahre verkilen.

3. Gasversorgung.

Auf dem Gebiet der G a s v e r s o r g u n g wurde bekanntlich zu Beginn des Jahres 1949 die eigene Gasherzeugung endgültig eingestellt. Seit 15. Dezember 1948 erhält Tübingen sein Gas von Reutlingen. Der Gaslieferungsvertrag zwischen Reutlingen und Tübingen steht vor dem Abschluss. Geliefert wurden im Jahre 1949 annähernd 5 Millionen cbm.

Auf Grund der Gaslieferung von Reutlingen ist den Hausfrauen und den Betrieben in Tübingen im vergangenen Jahr Gas in genügender Menge und in guter Qualität zur Verfügung gestanden.

Wenn trotzdem die Druckverhältnisse teilweise nicht befriedigt haben, so lag das an den örtlichen Verhältnissen. Um in verschiedenen Stadtteilen eine Verbesserung des Gasdrucks zu erreichen, haben die Stadtwerke und das Tiefbauamt eine Mitteldruckringleitung um den Osterberg herum und am Gutleuthaus vorbei entlang der Wilhelmstrasse verlegt, womit nunmehr der Ring mit dem Gasrohrnetz der Innenstadt geschlossen ist. Insgesamt wurden 1949 über 3 400 m Gashauptleitungen verlegt.

4. Wasserversorgung.

Als Hauptbauprovhaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung ist die Herstellung einer 2 900 m langen Leitung von dem Pumpwerk "GROSSHOLZ" (an der Blaulach) bis zu dem Pumpwerk "Au" im Bau. Sie läuft als Notstandsarbeit. Mit ihrer Fertigstellung wird es möglich sein, die volle Ergiebigkeit der Brunnen beim Grossholz erst vollkommen für die Wasserversorgung von Tübingen nutzbar zu machen. Im Jahre 1949 wurden 2 400 m Wasserhauptrohre verlegt; 25 Rohrbrüche an Hauptleitungen mussten repariert werden.

5. Zukunftsaufgaben.

Die Stadtwerke stehen in allen Teilen ihres Betriebs für die Zukunft vor grossen Aufgaben, die ihre finanziellen und techn. Kräfte stark in Anspruch nehmen und die darüber hinaus die Aufnahme beträchtlicher Darlehen erfordern werden.

Der Verbrauch an Elektrizität, Gas und Wasser ist in ständigem Steigen begriffen und nötigt daher zu einem fortwährenden Ausbau der Erzeugungs- und Verteilungseinrichtungen. Im Hinblick auf den fortgeschrittenen Zeitpunkt erspare ich mir Angaben über Vergleichszahlen der früheren Jahre und Jahr- /.

zehnte. Eines muss aber gesagt werden: Die Stadt Tübingen hat in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Gas-erzeugung erfahren, welche nachteiligen Folgen es hat, wenn techn. Anlagen nicht entsprechend den modernen Erfordernissen immer fortentwickelt werden, und muss aus dieser Erkenntnis für die Zukunft die notwendigen Folgerungen ziehen.

IX. Ich komme jetzt zu unserer städtischen F i n a n z l a g e.

1. Die Währungsreform hat unter die Nachkriegsfinanzwirtschaft der Gemeinden den Schluss-Strich gesetzt. Alle Eingeweihten ~~waren~~ sich aber darüber im klaren, dass die eigentlichen Schwierigkeiten erst nach der Währungsreform kommen würden und dass erst die Überwindung dieser Schwierigkeiten zu einer wirklichen Gesundung führen würde. Die Aufgabe besteht darin, mit erheblich gesenkten Einnahmen die notwendigen Ausgaben der Stadt zu finanzieren und ständig einen Ausgleich des städt. Haushalts sicherzustellen.

Ich muss in diesem Zusammenhang nochmals daran erinnern, dass die Stadt Tübingen durch die Währungsreform ihre gesamten Ersparnisse und RÜCKlagen im Betrag von rund 5,6 Millionen Reichsmark verloren hat.

2. Fast jeden Tag treten an die Stadtverwaltung neue Anregungen und Wünsche heran. Die meisten dieser Vorschläge sind sachlich mehr oder weniger begründet. Fast jeder kostet aber Geld. Geht nun der Gemeinderat auf solche Anregungen ein, so bedeutet dies im Endeffekt eine Mehrbelastung der Bürger mit Steuern oder Gebühren und dagegen wehren sich nun wieder

die Bürger. Sie bilden einen "Bund der Steuerzahler" und verlangen eine stärkere Kontrolle der Finanzgebarung unserer Stadt.

Die Verwaltung ist bemüht, in dieser Zwangslage einen klaren unbeeinträchtigten Weg zu gehen, und sparsam zu wirtschaften. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem städt. Rechnungsprüfungsamt zu, das ohne Zwischenschaltung einer Verwaltungsstelle unmittelbar dem Oberbürgermeister untersteht. Vom Rechnungsprüfungsamt wird nicht nur die laufende Kassenprüfung und Überwachung, sondern auch die Prüfung auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltungsaussagen durchgeführt. Durch die gemeinsame Bemühung von Rechnungsprüfungsamt und Stadtpflege sind im vergangenen Jahr wesentliche vor allem organisatorische Fortschritte hinsichtlich einer zur Sparsamkeit zwingenden Ordnung des Rechnungs- und Kassenwesens erzielt worden. Auf diesem Gebiet betätigten sich auch mit Erfolg der jede Woche tagende Rechnungsausschuss des Gemeinderats. Dem Ausschuss wird jede einzelne Rechnung vor der Auszahlung zur Prüfung vorgelegt. Ich möchte deshalb diesen Stellen gegenüber mit meinem Dank für ihre verantwortungsvolle Aufgabe nicht sparen.

2. Bei den schwankenden Verhältnissen der vergangenen RM-Jahre hatte der Haushaltplan viel an Bedeutung verloren. Hierin musste ein grundsätzlicher Wandel eintreten. Sie werden sich erinnern, dass im abgelaufenen Jahr 1949 in kurzer Zeit hintereinander 2 Haushaltspläne beraten und verabschiedet werden mussten. Der DM-Haushalt 1948 wurde ./.

am 9. Mai 1949, d.h. erst nach Ablauf des Rechnungsjahrs 1948 endgültig verabschiedet. In diesem Zeitpunkt hatte er aber mehr die Bedeutung eines Rechnungsabschlusses als eines Haushaltsvoranschlags. Ich legte deshalb besonderen Wert darauf, dass sofort im Anschluss daran der Haushaltplan 1949 aufgestellt wurde, der dann wenigstens am 29. Juli 1949, also noch vor Ablauf des 1. Drittels unseres jetzt laufenden Rechnungsjahrs 1949 verabschiedet wurde. Seit Anfang November 1949 sind nun die städtischen Ämter damit befasst, in diesem Jahr den 3. Haushaltplan für das kommende Haushaltsjahr 1950, d.h. für die Zeit vom 1.4.1950 bis 31. März 1951 vorzubereiten. Ein Haushaltplan erfüllt seine Aufgabe nur dann, wenn er vor Beginn des Rechnungsjahres fertiggestellt wird und damit den festen R a h m e n für die Arbeit einer Stadtverwaltung während eines g a n z e n Jahres abgibt. Wenn die Stadtverwaltung nun binnen Jahresfrist hintereinander 3 umfassende Haushaltpläne aufstellt und damit gegenüber dem bisherigen Verfahren ein volles Jahr aufholt, so kann sich jeder Bürger vorstellen, welche ausserordentliche Belastung dies für Verwaltung und Gemeinderat der Stadt darstellt.

3. Der laufende Haushaltplan 1949 hat sich nur mit einer gewissen Erhöhung der Gewerbesteuer von auf 300% ausgleichen lassen. Dafür konnte die unbeliebte Einwohnersteuer auf $\frac{3}{4}$ des Hebesatzes gesenkt werden.

Wir haben an dieser Einwohnersteuer selbst keine Freude!
Sie wirkt vielfach hart und verursacht deshalb auch eine

Unmenge von Beschwerden und Erlanggesuchen. Es bleibt uns aber nichts anderes übrig, als vorläufig diese Einwohnersteuer noch zu erheben, weil die Stadt Tübingen bei ihren geringen Gewerbesteuer aufkommen auf die Erträgnisse aus der Einwohnersteuer angewiesen ist. Ich richte daher an die Tübinger Bürgerinnen und Bürger die Bitte, ihren steuerlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Einwohnersteuer wie bei den übrigen Steuern nachzukommen. Je säumiger die einzelnen Steuerpflichtigen sind, umso höher ist der Verwaltungsaufwand für Mahnungs- und Beitreibungsverfahren.

Um Ihnen ein Bild von dem zusätzlichen Verwaltungsaufwand der Stadtkasse bei der Steuerbeitreibung zu geben, will ich Ihnen nur folgende Zahlen nennen.

Wir hatten im Jahre 1949 3 677 Zahlungserinnerungen,
10 289 förmliche Mahnungen und
796 Anordnungen zur Zwangsvollstreckung.

Von der veranlagenden Steuerstelle selbst wurden im Jahre 1949

1 500 Gewerbesteuer-Vorauszahlungsbescheide 1949
je 4 300 Grundsteuer-Veranlagungen für die Jahre 1948
und 1949
zus. 16 440 Einwohnersteuerveranlagungen für 1948 und 1949
17 231 Lohnsteuerkarten 1949
15 552 Lohnsteuerkarten 1950
3 100 Hausgebühren-Bescheide 1948
3 300 Brand- und Sturmschäden-Umlagenbescheide 1949
und vieles andere mehr ausgegeben.

4. Wir sind uns voll bewusst, dass durch das verspätete Zustandekommen des Haushaltplans 1948 für unsere Tübinger Bürgerschaft im abgelaufenen Kalenderjahr eine aussergewöhnliche Fülle von Zahlungsverpflichtungen zusammengefallen ist, einerseits solche, die sich wirtschaftlich und rechtlich auf das alte Rechnungsjahr 1948 bezogen, und andererseits solche, die zum laufenden Rechnungsjahr 1949 gehören. Wir müssen aber über diesen Zustand so rasch wie möglich hinwegkommen. Gerade deshalb legen wir auch so grossen Wert darauf, den Haushaltplan 1950 schon vor Beginn des neuen Rechnungsjahrs 1950 zur Verabschiedung durch den Gemeinderat zu bringen.

5. Im Rahmen der kommunalen Finanzwirtschaft haben wir auch im vergangenen Kalenderjahr besonderen Wert auf die *P f i e g e* der *V e r m ö g e n s w e r t e* unserer Stadt gelegt, d.h. unserer unbebauten Grundstücke, der Obstfelder, der städt. Waldungen sowie der Verwaltungs- und Wohngebäude der Stadt. Aus diesem Geschäftsbereich hebe ich nur folgendes hervor:

a) Die *W a l d u n g e n* der Stadt, die rund 930 ha umfassen, weisen im allgemeinen einen guten und gesunden Baumbestand auf. Davon hat sich der Gemeinderat bei einem Waldumgang im vorigen Herbst an Ort und Stelle selber überzeugt. Im Jahre 1949 betrug der Gesamteinschlag 4 630 Fm. Künftig sollen es nur noch 3 250 Fm sein.

b) Bei den städtischen *V e r w a l t u n g s -* und *W o h n g e b ä u d e n* hat sich, wie auch beim privaten Hausbe-

sitz ein ausserordentlich grosser Instandsetzungsbedarf angehäuft. In Rechnungsjahr 1949 sind Instandsetzungsarbeiten mit einem Gesamtaufwand von 220 000 DM durchgeführt worden. Bevorzugt wurden dabei die verschiedenen städtischen Schulgebäude. Unsere Finanzlage lässt es aber beim besten Willen nicht zu, dass wir alle die notwendigen Instandsetzungsarbeiten nun in ein bis zwei Jahren nachholen.

c) Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Stadt nicht nur aus ihren Waldungen, sondern auch aus unbebauten und bebauten Grundbesitz zur Soförthilfe-Angabe herangezogen wird. Sie beträgt für uns 42 000 DM.

X. Und nun als letztes: Personal- und Organisationsfragen.

1. Wenn wir den Personalstand der Stadtverwaltung etwa mit früheren Zahlen in Vergleich stellen, so müssen wir unterscheiden, zwischen den Aufgaben der Stadtverwaltung, die dem normalen und friedensmässigen Betrieb dienen, und den Ämtern, die aus den besonderen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit erwachsen und mit den sogenannten Kriegsfolgaufgaben befasst sind.

Zu den letztgenannten Ämtern gehören in Tübingen

- Das Wohnungsamt, das Ernährungsamt
- das Wirtschaftsamt mit der Brennholzstelle
- das Requisitionsamt und
- das Soförthilfeamt.

2. Unmittelbar nach der Währungsreform ist bei der Stadt Tübingen noch vor meinem Amtsantritt eine gemeinderätliche Kommission eingesetzt worden, welche die Verwaltung eingehend durchgeprüft und einen beträchtlichen Personalabbau angeordnet hat. Diese Massnahmen sind auch in dem verflossenen Kalenderjahr von mir fortgesetzt worden.

Ausserdem wurde veranlasst, dass ein Stellenplan für jeden Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung aufgestellt und vom Gemeinderat nach mehreren eingehenden Sitzungen gebilligt wurde.

3. Bei der Währungsreform betrug die Zahl der Beschäftigten in der Stadtverwaltung insgesamt 719, am 1. Januar 1949 waren es 657, im Augenblick sind es 607. Im Jahre 1949 ist demnach die Zahl der Beschäftigten bei der Stadt um 50 und seit der Währungsreform insgesamt um über 100 Beschäftigte zurückgegangen.

Wenn eine Personaleinsparung von über 100 Personen überhaupt möglich war, so ist dies im wesentlichen nicht darauf zurückzuführen, dass vor der Währungsreform überflüssiges Personal vorhanden gewesen wäre. Vielmehr ist dieser Wegfall an Personal hauptsächlich durch den Wegfall an Aufgaben bedingt.

Diese weggefallenen Aufgaben sind folgende:

- a) Die Aufgaben des Wirtschaftsamts sind so gut wie völlig beendet. Personalbestand heute: 0.
- b) Die Aufgaben des Ernährungsamts sind wesentlich reduziert und werden voraussichtlich in nächster Zeit noch weiter

gehend beschränkt werden. Dem zu Beginn des Jahres insgesamt 27 Angestellte und 18 Arbeiter betragenden Personal, soweit es sich nicht um Schwerbeschädigte handelte, wurde gekündigt. Vorläufig bleiben nur noch 8 Angestellte tätig.

c) Die Bewirtschaftung des Holzmaterials steht ebenfalls vor der Aufhebung, nachdem im vergangenen Jahr noch über 5 000 Raummeter Brennholz und über 60 000 Zentner Kohle an die Tübinger Bevölkerung zugeteilt wurde?

Die eigene Brennholzversorgung durch die Stadt, eine früher hochgeschätzte Einrichtung, wird nach einem kürzlich gefassten Beschluss des Gemeinderats aufgegeben und die Brennholzvorräte werden beschleunigt abgestossen.

d) Durch die Stilllegung der Gaserzeugung sind auch im Gaswerk Arbeitskräfte freigestellt worden. Sie wurden zu einem erheblichen Teil von anderen Abteilungen der Stadtwerke und vom Tiefbauamt übernommen. Dafür mussten aber andere Kräfte der Stadtverwaltung, insbesondere des sogenannten Hilfsdienstes beim Tiefbauamt, abgebaut werden.

4. Die Stadtverwaltung wird auch in Zukunft mit Nachdruck einen entsprechenden Personalabbau betreiben. Dennoch muss zu dieser Frage des Personalabbaus folgendes grundsätzlich gesagt werden:

Jeder Personalabbau ist ausserordentlich schwierig, weil es sich bei den noch freiverdenden Kräften zum grossen Teil um Schwerbeschädigte oder um Kräfte handelt, zu deren Kündigung das Arbeitsamt seine Zustimmung geben muss, aber nicht gibt. Die Verwaltung hat daher in jedem dieser Fälle eine

Lösung zu finden, um solche Leute anderweitig innerhalb der Verwaltung unterzubringen und dafür eine andere einsetz-fähige Kraft abzubauen.

Insgesamt befinden sich bei den Beschäftigten der Stadt 76 Körperbeschädigte, d.h. also 12,5 %. Auch wäre es un-
recht, sich nicht der jahrelangen mühevollen und undankbaren
Arbeit der Männer und Frauen z.B. des Ernährungs- und Wirt-
schaftsamts und der Brennholzstelle zu erinnern, die diese
in den Jahren des Krieges und nach dem Zusammenbruch ge-
leistet haben. Wir nahmen im Februar 1949 mit Befriedigung
davon Kenntnis, dass nach dem Prüfungsbericht des Landwirt-
schaftsministeriums unser städt. Ernährungsamt organisatorisch
seit Jahren als eines der bestgeführten Ernährungsämter unse-
res Landes bezeichnet wurde. Deshalb ist es eine moralische
und soziale Verpflichtung, in Anerkennung dieser Verdienste
für jeden einzelnen so gut als möglich auch in Zukunft auf
anderen Posten in der Stadtverwaltung zu sorgen.

5. Die Stadtverwaltung ist in ihrem Verwaltungs- und techn.
Personal in den meisten Zweigen auf einen in Verhältnis zu
den gestellten Aufgaben so beschränkten Personalstand ge-
kommen, dass trotz besonderer Anstrengung die anfallende
Arbeit kaum mehr fristgerecht bewältigt werden kann. Dabei

6. Der Personalabbau der Stadtverwaltung spiegelt sich leider
nicht in einem gleich grossen Abbau der Personalausgaben
wieder. Das kommt vor allem daher, weil in den letzten 1 1/2
Jahren wie in der freien Wirtschaft auch bei der Stadt die
Löhne und Gehälter erhöht worden sind. /.

Die Arbeiterlöhne sind durch Tarifverträge um etwa 7% erhöht worden. Bei den Angestellten und Beamten ist die 6%ige Gehaltskürzung, die bisher von der Brüning'schen Notverordnung von 1932 übriggeblieben war, nunmehr auch weggefallen.

Trotz dieser Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen wir uns darüber im klaren sein, dass auch der Reallohn der Angehörigen der Stadtverwaltung durch die Preiserhöhungen, die seit der Währungsreform eingetreten sind, und ihre steuerliche Belastung wesentlich herabgedrückt ist.

C. Schluss

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Ich habe Ihnen nunmehr einen umfassenden, keinesfalls aber erschöpfenden Bericht über die Tätigkeit von Gemeinderat und Stadtverwaltung der Universitätsstadt Tübingen im Jahr 1949 gegeben. Über die speziellen Verhältnisse in Lustnau und Derendingen werde ich in besonderen Bürgerversammlungen in diesen Stadtteilen in den nächsten Tagen sprechen. Viele Probleme konnten nicht erörtert werden. Manche Fragen werden Sie deshalb heute noch zu stellen haben. Im Übrigen darf ich Sie ^{auch ausserhalb dieser Bürgerversammlung} bitten, Ihre Anregungen und Ihre kritischen Äusserungen rückhaltlos der Stadtverwaltung zu übermitteln. Das ist recht so. Wir sind für jede Anregung und jede sachliche Kritik dankbar. Darin äussert sich in besonderem Masse die

Mitwirkung des Bürgers im demokratischen Staat an der gemeindlichen Selbstverwaltung. Eine Stadt ist ja bekanntlich die kleinste Zelle im Staat. In ihr zeigt sich die Vielfalt der Probleme im kleinen, die wir aus der Tagespresse als die sogenannte große Politik kennen lernen. In unseren Mauern müssen die Probleme der Konfessionen, der Ausgewiesenen, der Opfer dieses Krieges und das Schicksal der politisch Verfolgten auf kommunaler Grundlage gelöst werden. Dasselbe gilt für die Finanz- und WIRTSCHAFTSprobleme. Dies ist nicht immer leicht und die verantwortungsvollen Beratungen unseres Gemeinderats und seiner Abteilungen sind dafür ein treffendes Spiegelbild. Ich habe selbst nach meinen Unterlagen 172 Sitzungen als Vorsitzender geleitet, dh. jeden 2. Tag eine Sitzung, in der alle Beteiligten bestrebt waren, die zur Erörterung stehenden Fragen befriedigend zu lösen.

Sie haben den Mitgliedern des Gemeinderats und mir persönlich durch die Wahl Ende des Jahres 1948 Ihr Vertrauen ausgesprochen. Heute treten nun Gemeinderat, Stadtverwaltung und ich selbst vor Sie mit dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1949 in der Überzeugung, dass wir das in ungesetzte Vertrauen im vergangenen Jahr gerechtfertigt haben.

Ich will meine Ausführungen nicht ohne den nochmaligen Dank an alle Männer und Frauen beenden, welche sich in Erkenntnis ihrer Verantwortung für unsere traditionsbewusste Stadt zur Lösung der kommunalen Aufgaben im vergangenen Jahr zur Verfügung stellten. Ihnen ist sicherlich auch Ihrer aller Dank gewiss. /.

Mögen sich die Wünsche aller massgeblichen Politiker und kirchlichen Vertreter bewahrheiten, dass das Jahr 1950 das Jahr des Friedens werden möge, dann wird die Arbeit, die vor uns liegt, gern und freudig geleistet werden.

In diesem Sinne schliesse ich den Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung für das abgelaufene Kalenderjahr.

